

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: Prämienabende
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,30 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,30 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verordnungs-
 sammlung. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhalten durch

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Besprechungen - Angelegen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zweifach 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Einmalige und Schlußzeilenan-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 20. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Lloyd George über das Friedensangebot.

Frieden ohne Genugtuung unmöglich.

Die Schlinge.

Gestern hat Lloyd George im englischen Unter-
 hause die angekündigte Rede über das deutsche Friedens-
 angebot gehalten. Das Haus war gedrängt voll, und der
 Premierminister wurde, als er sich erhob, mit lautem Beifall
 empfangen. Lloyd George sagte:

Unsere Antwort auf die deutschen Vorschläge wird im vollen
 Einvernehmen mit unseren Verbündeten gegeben werden. Jeder,
 der den Krieg leichtfertig verlängern wollte, würde die Schuld
 für dieses Verbrechen auf seine Seele laden, aber jeder, der den
 Kampf aufgibt, ohne daß das Ziel erreicht wäre, würde persön-
 lich die Schuld dafür übernehmen. Die Annahme der Vorschläge
 des deutschen Reichskanzlers würde bedeuten, daß wir unsere
 Köpfe in eine Schlinge mit einem Seil daran stecken würden.
 Ohne Genugtuung (wörtlich Reparation) ist der Frieden un-
 möglich.

Die Verbündeten gingen in den Krieg, um Europa gegen
 den Ueberfall der preussischen Militärkräfte zu verteidigen. Sie
 müssen auf den

vollständigsten Garantien

bestehen, daß diese Kräfte niemals wieder den europäischen Frieden
 stören wird. Wir vertrauen lieber auf unsere ungebrochene
 Armee, als auf ein gedrohenes Wort. (Beifall.) Die Ver-
 bündeten werden binnen wenigen Tagen eine
 förmliche Antwort erteilen.

Der grobe Mißgriff mit Rumänien war ein Unglück, aber
 schlimmstenfalls kann er den Krieg nur verlängern. Um zu ver-
 hindern, daß die Lage in Rumänien sich verschlechtere, habe er
 energische Maßnahmen in Griechenland ergriffen, die seiner Mei-
 nung nach erfolgreich gewesen seien. England habe beschlossen, die
 Agenten von Venizelos anzuerkennen. Er sei von dem

endgültigen Siege

überzeugt, wenn die Nation sich von demselben Geist befeelt
 zeige wie die Armee an der Front.

Zuvor teilte Bonar Law mit, Deutschland habe die Zu-
 sicherung gegeben, daß Kapitän Blaikie nicht das
 Schicksal des Kapitän Fryatt teilen würde. Das deutsche
 Marineamt betrachte die Caledonia als einen bewaff-
 neten Hilfskreuzer, und Kapitän Blaikie habe nur seine
 Pflicht getan, indem er versucht habe, das Unterseeboot zu
 rammen.

Der Unterstaatssekretär des Ackerbauamts Winfrey teilte
 mit, daß die Regierung beabsichtige, einen festen Weizen-
 preis für die Saison 1916-17 zu garantieren.

Der neue englische Ministerpräsident Lloyd George ist
 ein Mann, der als Redner Wert auf Originalität legt. Darum
 hat er gestern im englischen Unterhaus den deutschen
 Friedensvorschlag weder als ein Mandat noch als eine
 Falle bezeichnet, sondern er hat von einer Schlinge ge-
 sprochen, in die seinen Kopf hineinzustecken England aufge-
 fordert worden sei. Herr Lloyd George begegnet sich in dieser
 Sorge mit unseren Alldeutschen, die auch meinten, Deutschland
 sei im Begriffe, in eine Falle zu spazieren oder seinen Kopf
 in eine Schlinge zu stecken.

Es ist ganz merkwürdig: je mehr man vor einander eine
 gegenseitige militärische Geringschätzung bekundet, die
 man nicht besitzt, desto mehr verliert man sich in einer unbe-
 grenzten Hochschätzung der diplomatischen
 Fähigkeiten der andern. Und derselbe englische Minister-
 präsident, der nach einer hierzulande weit verbreiteten Mei-
 nung allen Briands, Sonninos und Pokrowskys ihre Rollen
 diktiert, bekundet eine kaum glaubwürdige Schüchternheit,
 wo es gilt, die Schwelle des Konferenzsaales zu überschreiten.

Warum die Gefahren des Konferenzsaales für die Entente
 größer sein sollen als für die Mittelmächte, ist unerfindlich.
 Die Staatsmänner der Entente verlangen von ihren Soldaten
 und ihren Verbündeten noch ganz andere Dinge als
 sie ihnen selbst durch den Friedensvorschlag der Mittelmächte
 zugemutet werden. Hat nicht auch Rumänien seinen
 Kopf in die Schlinge gesteckt? Tun andere in englischen
 Diensten nicht vielleicht dasselbe?

Nimmerhin bleiben die Ausführungen des neuen eng-
 lischen Premiers einigermaßen dunkel. Wer den Krieg
 leichtfertig verlängern wollte, würde die Schuld für
 dieses Verbrechen auf sich laden - schließen diese
 Worte nicht eine starke Selbstverurteilung in sich ein, wenn

England die von den Mittelmächten angebotenen Verhand-
 lungen ablehnt? War dieses Beruhigungspulver notwendig,
 um die starke Erregung des englischen Pazifismus nieder-
 zuschlagen, soll eine Rückzugslinie offen gehalten werden?

Der Frieden ist unmöglich ohne „Genug-
 t u n g“, sagt die von Wolff vermittelte Uebersetzung, und in
 Klammer setzt sie das englische Wort: reparation. Der Sinn
 ist vieldeutig. Reparation heißt Reparatur, Ausbesserung,
 Wiederherstellung, Ersatz, Entschädigung, in letzter Linie
 allerdings auch Genugtuung. Es ist nun natürlich etwas sehr
 verschiedenes, ob man „Wiederherstellung“ von etwas ver-
 langt, was dauernd zu zerstören vielleicht gar nicht in der
 Absicht des Gegners lag, oder ob man „Genugtuung“ fordert
 und damit das Eingeständnis des Gegners, daß er eine Schuld
 auf sich geladen und sie zu tilgen habe.

Wiederherstellungen wird der Frieden, mag er früher
 oder später kommen, wahrscheinlich in schwerer Menge
 bringen, „Genugtuung“ zu geben, wird sich aber kein Staat
 bereitfinden lassen, solange er nicht zerschmettert am Boden
 liegt.

Lloyd George kennt die Friedensvorschläge der Mittel-
 mächte noch nicht, kann sie nicht kennen. Darum kann er
 auch nicht wissen, in welchem Maße in ihnen „Wiederher-
 stellungen“ vorgesehen sind. Aber wenn er annimmt, daß
 die Mittelmächte nicht gewillt sind, im Überbilde nach
 dem sittlichen Welt-Richterstuhl Englands zu wallfahrten,
 dann fehlt er etwas ganz Wichtiges voraus.

Die förmliche Antwort der Entente ist nach
 der Ankündigung des englischen Premiers binnen wenigen
 Tagen zu erwarten. Nach den Ministerreden von Paris,
 Petersburg und London wird die Spannung, mit der man dieser
 Antwort entgegengeht, nicht mehr allzu groß sein. Man wird
 mit moralisierenden Vorwänden und Winkelzügen an dem
 Friedensangebot der Mittelmächte vorübergehen. Aber die
 stärkere Moral bleibt doch auf der Seite, die zum Abschluß des
 großen Völkermordens mahnt, nicht auf jener, die in der
 Hoffnung auf einen sich immer weiter entfernenden endgül-
 tigen Sieg das Elend der Welt ins Endlose verlängert.

Die Bewaffnung der Handelsschiffe.

Amsterdam, 19. Dezember. (W. T. V.) Wie einem hiesigen
 Blatt aus London berichtet wird, hat Lord Robert Cecil gestern
 im Unterhause mitgeteilt, die britische Regierung habe von den
 Regierungen aller neutralen Staaten die Zusicherung er-
 halten, daß Schiffe, die nur zur Verteidigung bewaffnet sind, in
 ihre Häfen eingelassen werden würden, nur die nieder-
 ländische Regierung habe das bisher verweigert. Dies
 habe in England einen um so unangenehmeren Eindruck gemacht,
 als die niederländische Regierung niemals die Gefährlichkeit der Be-
 waffnung von Handelsschiffen zum Zwecke der Selbstverteidigung
 in Zweifel gezogen habe. Er hoffe deshalb, daß die niederländische
 Regierung sich nicht weigern werde, derartige Schiffe in niederlän-
 dische Häfen zuzulassen, um so mehr, als das neue englische Kabi-
 net nicht länger dulden würde, daß englische Dampfer, ohne einen
 Versuch, sich zu verteidigen, von feindlichen Unterseebooten zum
 Sinken gebracht werden.

Der „Temp“ führt laut T. U. in einem der Krisis in Griechen-
 land gewidmeten und energische Maßnahmen gegen den König for-
 dernden Leitartikel aus: Das neugebildete Kabinett hat außer der
 griechischen Krise andere nicht minder dringliche Fragen, besonders
 hinsichtlich der Unterseebootkriegführung, zu lösen. Das Wieder-
 aufleben der deutschen Piraterie, das Erscheinen deutscher Unter-
 seeboote im Atlantischen Ozean, wo ein aus irgendeinem Hafen
 entworfenes und mit Hilfe noch unbekannter Mitschuldiger bewaff-
 netes Kaperschiff aufgetaucht ist, alle diese den Handelsmarine
 der Kriegführenden und Neutralen drohenden Gefahren machen es
 England, der Herrin der Meere, zur Pflicht, entschei-
 dende Maßnahmen zu ergreifen, deren Bedeutung nicht
 übertrieben werden kann.

Der Generalstreik in Spanien.

Madrid, 19. Dezember. (W. T. V.) „Temp“ meldet aus
 Madrid: Der Generalstreik von vierundzwanzig Stunden, der für
 ganz Spanien als Protest gegen die Lebensmittelsteuerung angekün-
 digt war, hat am Montag stattgefunden. Die Fabriken, Läden und
 eine gewisse Anzahl von Bureaus blieben geschlossen. Die Zeitungen
 erschienen nicht. Die Behörden trafen umfassende Sicherheitsmaß-
 nahmen. Die Gefahr eines Eisenbahnstreiks scheint beigelegt zu

sein. Der Warenverkehr war nicht unterbrochen. Ministerpräsident
 Romanos und Minister des Innern Jimenez erklärten, daß der
 Streik nach ihrer Ansicht unberechtigt sei, da die Regierung für die
 Ernährung und Hygiene des Landes alles getan habe.

Aus dem besetzten Bukarest.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters
Dr. A. Köster.

Bukarest, den 9. Dezember.

Vom Balkon der deutschen Gesandtschaft in Bukarest weht
 noch immer die amerikanische Flagge. Das Gebäude selber
 ist völlig leer. In ein paar Schränken klebt das amerikanische
 Siegel. Das Gebäude der Gesandtschaft ist während des Krieges
 mehrere Male von den rumänischen Behörden unter Verleihen
 des amerikanischen Gesandten Popikta durchsucht worden.
 Die ausgebildeten Bauleisten der deut-
 schen Schule, die zuletzt von über 2000 Schülern besucht
 wurde, sind von den Rumänen als Lazarett benutzt worden.
 Die deutsche Kirche ist versiegelt. Morgen findet großer
 Dankgottesdienst statt. Auch das Gebäude des deutschen
 „Bukarester Tageblattes“ ist versiegelt. Die Fenster der un-
 garischen Kirche sind durch Steinwürfe beschädigt.

Bevor die Rumänen aus Bukarest abzogen, haben sie
 alle Wehrpflichtigen ausgehoben und bei der vielfach
 herrschenden Unlust der jungen Leute zum Teil mit Gewalt
 durch Gendarmen aus den Wohnungen geholt. Trotzdem ist
 es ihnen bei der Hast der Ereignisse nur gelungen, etwa die
 Hälfte aller Wehrpflichtigen fortzuschaffen. Die Zurück-
 gebliebenen kommen allmählich hervor. Außer ihnen melden
 sich täglich Hunderte von Soldaten, die anstatt weiterzu-
 marschieren es vorzogen, sich in den Bukarester Häusern zu
 verborgen. Die meisten von ihnen sind in dem Gebäude des
 Cereul-Militär an der Calles Viktoriei untergebracht, einem
 prächtigen, noch nicht vollendeten Millionenbau, den sich das
 Bukarester Offizierkorps errichtet hat. Dr. A d o l f K ö s t e r.

Amsterdam, 19. Dezember. (W. T. V.) „Times“ erfährt aus
 Jassy: In Jassy und anderen Städten der Moldau kommen un-
 aufhörlich Flüchtlinge aus der Walachei an. Die Bevölkerung
 von Barlad ist auf das Dreifache gestiegen. Galaz und Braila
 sind überfüllt. Die Flüchtlinge sind hauptsächlich Städter. Die
 Bauern bleiben auf dem Lande und legen gegenüber den eindrin-
 genden Feinden große Gleichgültigkeit an den Tag.

Die Vorgänge in Griechenland.

Ein Haftbefehl gegen Venizelos.

London, 18. Dezember. (W. T. V.) Reuters meldet aus
 Athen, daß die Regierung des Königs Konstantin einen Haftbefehl
 gegen Venizelos wegen Hochverrats ausgesetzt hat.

Ein Haager Bericht der „Frankfurter Zeitung“ meldet gestern:
 Athen trifft alle Maßnahmen, die mit Rücksicht auf die Lage für not-
 wendig gehalten werden. Die Stadt wurde auf Protration gesetzt.
 Die Behörden lassen die Läden bewachen, um dafür zu sorgen, daß
 das Publikum nicht zu viel auf einmal kauft. Die Speisefarten in
 den Restaurants und Hotels wurden stark beschränkt. Man glaubt,
 daß Athen, der Piräus und Umgebung nur noch auf vierzehn Tage
 Brot haben, Fleisch und Gemüse sind jedoch auf lange Zeit vor-
 handen.

„Daily Mail“ berichtet aus Syra vom 11. Dezember: Einige Ver-
 richte aus der Provinz teilen mit, daß am 1. Dezember griechische
 Offiziere in Solo, Larissa und Frisala die unter Kontrolle der
 Alliierten stehenden Offiziere, die die Kanonen unter ihrer Ver-
 waltung hatten, aus den Städten vertrieben, während der franzö-
 sische Konul verhaftet und von griechischen Offizieren verhört
 wurde. Am nächsten Tage wurden in Solo aus offener Straße
 Offiziere der Entente beleidigt. Einige Engländer wurden an den
 Ohren auf ihre Schiffe gezogen. Eine Fobelsbande drang in das
 Bureau der britischen Militärkontrolle, holte die Möbel heraus und
 warf sie in das Meer. Zwei Offiziere der Kontrolle wurden weg-
 geschleppt. Am Morgen des 3. Dezember ergriffen sieben Meier-
 disten zwei französische Soldaten, die den Dienst bei der Post-
 kontrolle hatten. Die Weiden wurden verwundet und später getötet.

Die Russifizierung Finnlands.

Aus Stockholm wird der „Frankf. Zig.“ gemeldet: Der
 russische Ministerrat lehnte den Vorschlag über Erweiterung der
 Rechte des finnischen Landtages mit der äußerst bezeichnenden Be-
 gründung ab, daß ein derartiges Zugeständnis der Reichsduma nur
 Anlaß geben würde, ebenfalls die Frage nach der Verantwortlichkeit
 der Regierung gegenüber der Volkswertretung aufzuwerfen

Sonnino abermals zum Friedensangebot

Am Tage nach Verkündigung des deutschen Friedensangebots hat Herr Sonnino in der italienischen Kammer Äußerungen getan, die zwar keinerlei Zustimmung darstellten, aber auch von jeder feindseligen Ablehnung absehen. Er sprach zurückhaltend und verwies darauf, in einer „so heißen Angelegenheit“ sei es wichtig für die Ententemächte, „in vollem Einvernehmen“ vorzugehen. Das ließ sich immerhin hören. Sonnino fügte hinzu, es wäre „unmöglich, wenn jeder seine besonderen Eindrücke von vornherein bekanntgeben wollte“. Diesen Verzicht haben indes andere Entente-Mitglieder alsdann nicht für angebracht gehalten. Der russische Kollege Sonninos hat das Friedensangebot wahrhaft asiatisch verhöhnt, die Hoffnungen auf eine wirkungsvolle Unterstützung durch neutrale Mächte sind tief herabgedämpft worden, und nunmehr hat Sonnino in einer neuen Rede vor der Kammer das neulich Gesagte revidiert. Rückwärts revidiert!

Man muß annehmen, daß seine neuen Auslassungen ein Takt aus der Rusik sind, die inzwischen von den Alliierten der Entente komponiert worden ist. Also ein Vorflang, vielleicht sogar — was sich morgen wird nachprüfen lassen — so etwas wie das Leitmotiv der Antwort, die Lloyd George als entscheidende Stimme der Entente über Nacht auf das Friedensangebot gegeben haben wird. Und obendrein noch ein Abfall des in Petersburg Gesprochenen, in der moralisch bedrückenden Charakteristik nämlich, die Sonnino über die Lippen kam.

Die Worte, die der italienische Minister des Auswärtigen in dieser Beziehung brauchte, machen den Eindruck, es sei ihm darum zu tun gewesen, sich den Verbündeten seines Landes gefügig und hilfswillig zu zeigen. Denn in demselben Maße, in dem er das Konzert der Mächte um einen schrillen Ton bereichert, hebt er hervor, daß Italien nicht daran denke, etwas anderes zu wollen als seine Verbündeten. Warum hält er dies Bekenntnis für notwendig? Hat er das Empfinden, man trauere der Festigkeit Italiens nicht mehr? Weiß er von Tatsachen, die dies Empfinden rechtfertigen? Hat etwa der Satz der ersten Rede Sonninos, der von „besonderen Eindrücken“ sprach, einen Sinn gehabt, der im Kreise der Entente verstanden worden ist? Oder hat man hier, weil sich's eben um Italien handelt, Unrat gewittert? Sonninos Satz hat, wie man sieht, seine Reize; er ist sicherlich in allen Teilen nicht ohne überlegten Zweck gesprochen.

Das Wichtigste bleibt natürlich, was der Minister Italiens nunmehr zu dem Friedensangebot zu sagen hatte. Auch seine Worte wollen in dem Fehlen eines „ernsthaften Vorschlags“ für bestimmte Grundlagen von Verhandlungen die von der noch immer nicht gestillten Kriegswut ersehnte Hintertür sehen. Ja, wenn dieses Loch nicht wäre! Seit acht Tagen wird mit dieser Ausflucht getrieben, und immer wieder wird verschwiegen, daß die „ernsthaften Vorschläge“ in der Friedensnote für die Konferenz angekündigt wurden. Die Ententemächte häumten sich gegen den deutschen Vorschlag auf und sie winden sich wie im Netz. Auch Sonnino zeigt mit seiner Rede, wie schwer es ist, sich der moralischen Bucht des Friedensangebots zu entziehen.

Rom, 18. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) In Erwiderung auf mehrere Reden gab Sonnino heute in der Kammer eine Erklärung ab über die Auffassung, die die Regierung im Gegensatz zu verschiedenen Gerüchten von der Bedeutung des Schrittes der feindlichen Mächte für die Eröffnung von Friedensverhandlungen und von der Rolle der feindlichen Staaten hat, deren Text zur Kenntnis der Kammer gebracht worden ist. Sonnino führte aus:

„Es sind keine bestimmten Vorschläge vorhanden, außer dem allgemeinen Vorschlag, Friedensverhandlungen zu eröffnen. Wenn darüber hinaus Vorschläge gemacht worden wären, dann würden wir erwägen, was dem entsprechend zu tun wäre. Es wäre nicht praktisch und auch nicht ernsthaft, heute darüber Erörterungen zu pflegen. Uebrigens wird kein Verhandlungstermin irgendeiner etwaigen Bedingung in Erwägung ziehen können, die ihm gegebenenfalls in einer für ihn allein bestimmten Form angeboten wäre. Im öffentlichen Interesse und auf Grund der den verbündeten Regierungen schuldigen Rücksichten kann ich Ihnen nichts mitteilen, was sich auf den Inhalt der Antwort bezieht, die wir auf diesen Schritt der vier feindlichen Mächte erteilen werden. Die Antwort wird veröffentlicht werden, sobald darüber ein Einvernehmen getroffen ist.“

Wir alle wünschen sehnlichst den Frieden, und zwar einen dauerhaften Frieden. Aber wir sehen als einen dauerhaften Frieden eine festgelegte Regelung an, deren Dauer nicht von der Festigkeit von Ketten abhängt, die geschmiedet sein könnten, um sie einem oder dem anderen Volke anzulegen, sondern von dem gerechten Gleichgewicht zwischen den Staaten, von der Achtung des Grundgesetzes der Nationalitäten, von dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Zivilisation. Wir streben in keiner Weise nach irgendeiner internationalen Regelung der Unterjochung oder der Vorherrschaft oder einer Regelung, die die Vernichtung von Völkern oder Nationen bedingt. Angesichts eines ernsthaften Vorschlags für bestimmte Grundlagen von Verhandlungen, die den oben dargelegten Forderungen der Gerechtigkeit und der Zivilisation Genüge tun könnten, würde sich niemand von vornherein weigern, darüber zu verhandeln. Aber bis jetzt zeigt auch im entferntesten nichts, daß diese Bedingungen in dem gegenwärtigen Falle sich verwirklichen, und es sind sogar sehr viel Dinge vorhanden, die auf das Gegenteil hindeuten.

Sonnino schloß, indem er die Kammer beschwor, die Beratung nicht mit der Annahme irgendeiner Tagesordnung zu schließen, die die Vermutung zuließe, daß Italien in der Aufnahme des von Deutschland gemachten hinterhältigen Schrittes eine von der seiner Verbündeten verschiedene Haltung einnehmen könnte. Demgemäß forderte Sonnino die Kammer auf, der Regierung in einer Tagesordnung ihr volles und ganzes Vertrauen auszudrücken. Die einzelnen bedeutenden Stellen der Rede Sonninos wurden mehrfach durch den Beifall der Kammer besonders hervorgehoben und ihr Schluß wurde mit einer eindrucksvollen Rundgebung aufgenommen. Durch Zuruf wurde der Anschlag der Rede beschlossen. Boselli verlangte seinerseits, daß die Kammer die einfache Tagesordnung beschlicke mit dem Ausdruck des vollständigen unbefangenen Vertrauens. In namentlicher Abstimmung wurde die einfache Tagesordnung mit 363 Stimmen gegen 41 genehmigt.

Zu der Rede Sonninos bezieht sich ein Telegramm der T. U. aus Lugano: Sonnino ging in seiner in der italienischen Kammer gehaltenen Rede von Tifas Enthüllungen über die Vorgeschichte der deutsch-italienischen Neutralitätsverhandlungen aus und versuchte damit, die angebliche Unaufrichtigkeit des gegenwärtigen deutschen Angebots zu beweisen, um damit die ablehnende Haltung Italiens zu begründen. Der für Deutschland bemerkenswerteste Teil der Rede Sonninos liegt in den Worten: „Präzise Vorschläge der Mittelmächte liegen nicht vor; sollten sie noch kommen, würde es weder praktisch, ernsthaft noch zweckdienlich sein, heute darüber zu verhandeln.“ Der „Secolo“ führt aus: Sonnino habe für die Entente eine vernunftgemäße und gerechte Lage geschaffen und Deutschlands Hinterlist aufgedeckt. „Corriere della Sera“ sagt, die Rede habe die Augen des Volkes geöffnet, alle Zweifel beseitigt und dem Lande den Weg der Pflicht gewiesen.

Die Friedensnote auf dem Wege.

Die Uebermittlung der Friedensnote in Paris.

Paris, 18. Dezember. Havas. Das Ministerium des Auswärtigen teilt mit: Der Botschaftsrat der Vereinigten Staaten hat dem Ministerium des Auswärtigen die vom Reichskanzler angekündigte Note der deutschen Regierung überreicht. Die deutsche Note, die nichts anderes ist als der vom Kanzler in seiner Rede vom 12. Dezember verlesene Text, enthält nur einen allgemeinen Vorschlag ohne Angabe irgend einer bestimmten Bedingung. Die Uebergabe fand ohne Kommentar statt.

Der Meinungsaustrausch der Ententemächte.

Basel, 19. Dezember. Der „Matin“ schreibt: Sobald die Ententemächte von dem deutschen Friedensangebot Kenntnis genommen haben, wird der Meinungsaustrausch, der bereits einige Tage stattfand, zur Aufstellung eines genauen Textes führen. Dieser Text wird sich von zwei Grundfragen leiten lassen: 1. mit den Feinden sich nicht in Verhandlungen über vage Gegenstände und schlechtumgrenzte Gebiete einzulassen, 2. den am Kriege befindlichen Völkern mit Bestimmtheit darzulegen, aus welchen Gründen der deutsche Vorschlag abgewiesen wurde.

In Erwartung der Erklärung Lloyd Georges.

London, 18. Dezember. (B. L. B.) Unterhaus. Bonar Law kündigte an, daß die Regierung hoffe, die Vertagung des Parlaments würde am 22. Dezember eintreten und die neue Tagung zeitig im Februar beginnen können. Ebenso teilte der Minister mit, daß Lloyd George wahrscheinlich imstande sein würde, seine Erklärung morgen abzugeben. Unter den Vorlagen, die noch vor der Vertagung erledigt werden sollten, befindet sich eine Kriegsanleihebill, welche das Schatzamt in den Stand setzen würde, eine Anleihe auszugeben, wenn es die Zeit dazu für geeignet halte, auch ohne daß das Parlament tagt.

Amsterdam, 19. Dezember. (B. L. B.) Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus London gemeldet, daß die heutige Rede Lloyd Georges in allen Kreisen mit großer Spannung erwartet werde. „Times“ berichtet, daß Lloyd George auch eine Erklärung über das deutsche Friedensangebot abgeben wird. Außerdem wird er über die industrielle Produktion im Zusammenhang mit dem Kriege, über die Lebensmittelversorgung, die Einschränkung der Erzeugung alkoholischer Getränke, über die Beschaffung des nötigen Menschenmaterials und vielleicht auch über die irische Frage sprechen. Man erwartet, daß die Rede zwei Stunden dauern wird.

Amsterdam, 19. Dezember. (T. U.) Man erwartet, daß der Premierminister die Note selbst in seiner Rede bereits behandeln werde; vielleicht werde er jedoch erklären, daß die Verbündeten sich untereinander erst beraten müßten, ehe sie eine Antwort darauf geben könnten. Es steht gleichwohl fest, daß der Premierminister von neuem auf den unerschütterlichen Beschluß des britischen Reiches hinweisen wird, um das Ziel vollständig zu erreichen, für welches der Krieg begonnen wurde. Man erwartet, daß Lloyd George eine vollständige Auseinandersetzung der Kriegslage geben und die Tätigkeit der neuen Regierung besprechen wird, ohne jedoch persönliche Fragen zu berühren.

Die Londoner City und das Friedensangebot.

Daag, 19. Dezember. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet vom Sonnabend: Das plötzliche Friedens-

angebot der Deutschen hat kaum irgendwelche Wirkung in der City gehabt. Man glaubt nicht, daß die Alliierten dazu gebracht werden könnten, einen unbefriedigenden Frieden zu schließen.

Die Aussichten der Friedensnote.

London, 18. Dezember. (B. L. B.) „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel: Wir halten dafür, daß die Alliierten den Friedensvorschlag der Mittelmächte, welches auch ihre Absicht oder ihre Beweggründe sein mögen, beantworten müssen, weil wir in einem Kriege begriffen sind, in dem eine Riesenzahl von Menschenleben auf dem Spiele steht. Inzwischen müssen wir sagen, daß die Aussichten auf positives Ergebnis des Friedensvorschlags, wenn er, wie jetzt verlautet, nicht mehr enthält als die Rede Bethmann Hollwegs im Reichstag, außerordentlich gering sind. Deutschland rühmt sich, den ersten Schritt getan zu haben. Es will uns glauben machen, daß es trotz seiner glänzenden militärischen Lage und Aussichten aus Gründen der Menschlichkeit bereit sei, Vorschläge zu machen, die eine geeignete Grundlage für einen ehrenvollen Frieden bilden. Wenn Deutschland dies ernst meint, ist es offenbar seine Pflicht, mit einem Entwurf hervorzukommen, der wenigstens in groben Umrissen umschreibt, was es vorschlagen will, um zum Frieden zu gelangen. Wenn Deutschland das verweigert, sind wir gezwungen anzunehmen, daß sein Angebot nur eine Geste war, die darauf berechnet war, im eigenen Land und bei den Neutralen Eindruck zu machen, aber kein ernstlicher Versuch, den großen Krieg zu beenden. Die Mittelmächte, die sich rühmen, den ersten Schritt getan zu haben, können ihre Aufrichtigkeit nur dadurch beweisen, daß sie ihre Ziele enthüllen. —

Die Mächte der Entente, die sich rühmen, diesen ersten Schritt bei ernstlichen Friedensversuchen mitzu tun zu wollen, mögen ihre Aufrichtigkeit dadurch beweisen, daß sie der Einberufung einer Friedenskonferenz ihren Widerstand aus dem Wege räumen.

Pokrowskys Erklärung.

Petersburg, 18. Dezember. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Im Reichsrat verlas der Minister des Auswärtigen, Pokrowski, die Regierungserklärung, die er am 15. Dezember in der Duma zur Verlesung gebracht hatte. Der Reichsrat stimmte für den Uebergang zur Tagesordnung in der gleichen Form, wie die Duma.

Der ungeheuerliche Beschluß, mit dem die Duma Pokrowskys Erklärung besiegelt hat, war einstimmig gefaßt worden. Das war in diesem Falle den Drahtziehern der rentablen Kriegsbegeisterung geglikt, weil wenige Tage vorher die sozialdemokratischen und andere Abgeordnete wegen ihres Auftretens gegen Trepow für eine Reihe von Sitzungen aus der Duma ausgeschlossen und so um ihr Recht betrogen wurden, in einer Sache mitzustimmen, die das gewaltigste Ereignis bedeutet für die Volksmassen, die sie zu ihrem Amte beriefen.

Der Papst und das Friedensangebot.

London, 18. Dezember. „Daily News“ wird aus Rom gemeldet, von zuverlässiger Seite verlautet, daß der Papst beschlossen habe, in der Angelegenheit des deutschen Friedensangebots weder vermittelnd aufzutreten noch zu Gunsten der Annahme der deutschen Friedensbedingungen seinen Einfluß geltend zu machen. Der Papst fürchte, daß ein etwaiges Scheitern der Friedensaktion zu seinen Bemühungen in Beziehung gebracht werden könnte.

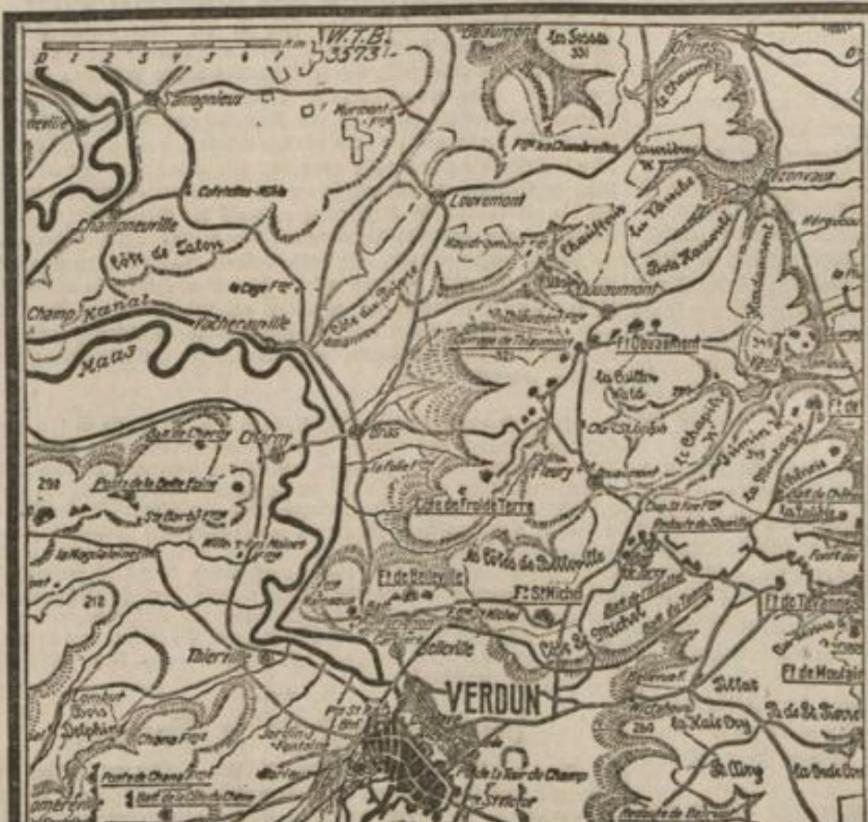
Das Programm der Entente — weitere fünf Jahre Krieg.

Die „Nation“ vom 9. Dezember beschäftigt sich in einem polemischen Artikel mit der Behauptung Trepows, daß die Verbündeten in einem Vertrage das Recht Rußlands auf Konstantinopel anerkannt haben. Das Blatt schreibt: „Man kann die Verhältnisse erraten, unter denen dieses Uebereinkommen entworfen wurde. Man hatte gehofft, daß das unglückliche Dardanellenabenteuer binnen wenigen Wochen oder Monaten durch das Erscheinen der englisch-französischen Flotte vor Konstantinopel seinen Abschluß finden würde. Die russische Regierung wollte natürlich wissen, was in einem derartigen Falle mit Konstantinopel geschehen würde. Sie erhielt die Zusicherung, daß es ihr zufallen würde. Ein Uebereinkommen unter derartigen Verhältnissen war höchst natürlich. Es ist aber möglich, daß das Uebereinkommen eine

Die Kämpfe rechts der Maas.

Französischer Bericht vom 18. Dezember nachmittags. Südlich von der Somme wurde eine feindliche Abteilung, die sich den französischen Linien südöstlich von Verduin zu nähern veruchte, mit Handgranaten zurückgeschlagen. Auf dem rechten Ufer der Maas machten die Deutschen nach der in dem gestrigen Bericht gemeldeten Artilleriebeschießung abends einen heftigen Gegenangriff auf die neuen französischen Stellungen. Es gelang ihnen nur an einem Punkt der Keilerei Chambrettes Fuß zu fassen, deren nächste Umgebung die Franzosen weiter besetzt halten. Die Zahl der von den Franzosen seit dem 15. Dezember an der Front von Verdun gemachten und jetzt gezählten Gefangenen beträgt 11 387, darunter 284 Offiziere. Das erbeutete oder zerstörte Material umfaßt 115 Geschütze, 11 Minenwerfer und 107 Maschinengewehre. Ueberall sonst war die Nacht ruhig.

Bericht vom 18. Dezember abends. Südlich der Somme ziemlich lebhaft Tätigkeit beider Artillerien im Abschnitt von La Naissonnette. Morgens gegen 4 Uhr wurde eine feindliche Abteilung, die einen Handfreis auf unsere Gräben südlich von Fresnois veruchte, mit Handgranaten zurückgedrückt. Auf dem rechten Ufer der Maas haben unsere Truppen in einem lebhaften Kampf den Feind von der Chambrettes-Farm zurückgedrückt, die wir von neuem ganz besetzt halten. Wir haben zwei Maschinengewehre erbeutet. Zeitweilig ausgedehnte Beschießung auf der übrigen Front. Ein feindlicher Flieger warf fünf Bomben auf Ait-Chann, ohne Schaden anzurichten.



Die neuesten Kämpfe um Verdun

Vordringen zur Donaumündung.

Neuer französischer Angriff östlich der Maas. — In der Dobrudscha Vordringen gegen die untere Donau.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. Dezember 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf beiden Sommer-Üfern wurde das Geschütz- und Minenwerferfeuer vorübergehend lebhafter.

Nordwestlich und nördlich von Reims sind französische Abteilungen, die nach starker Feuernäherung gegen unsere Gräben vorgingen, zurückgetrieben worden.

Heeresgruppe Kronprinz.

Am Nachmittag steigerte sich auf dem Ostufer der Maas der Feuertampf. Die Franzosen griffen den Fossed-Wald an. Die vor unserer Stellung liegende Chambrette Fe blieb nach Nahkampf in ihrer Hand; an allen anderen Stellen der Angriffsfront wurden sie abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich des Karocz-Sees und südlich der Bahn Tarnopol—Buczacz nahm zeitweilig die Artillerietätigkeit zu.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Am Gutin Tomnatek in den Waldkarpathen wurden russische Patrouillen, an der Saleputna-Straße Angriffe eines russischen Bataillons abge schlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Bei Teilkämpfen wurden in den beiden letzten Tagen über 1000 Russen und Rumänen gefangen eingebracht und viele Fahrzeuge — meist mit Verpflegung beladen — erbeutet.

In der Nord-Dobrudscha hat der Feind seinen Rückzug über zwei ausgebaute Stellungen hinaus nordwärts fortgesetzt. Die Armee dringt gegen die untere Donau vor.

Mazedonische Front.

An der Struma Patrouillen-Unternehmungen, die für die bulgarischen und osmanischen Truppen günstig ausgingen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 19. Dezember.

Von keiner Front sind besondere Ereignisse gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Dezember 1916. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Ostwalachei ist die Lage im allgemeinen unverändert. In den beiden letzten Tagen wurden etwa 1000 Gefangene eingebracht und viele Fahrzeuge erbeutet.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzogs Joseph.

Im Westcarpathien-Abchnitt brachen zwei nach starker Artillerievorbereitung eingehende feindliche Infanterieangriffe in unserem Abwehrfeuer zusammen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Stellenweise nahm die feindliche Artillerietätigkeit zu.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hueber, Feldmarschallsleutnant.

andere Form hat. Es kann sein, daß die Verbandsmächte sich verpflichtet haben, den Krieg fortzusetzen, bis der Ehrgeiz Russlands befriedigt ist. . . Wenn sie ähnliche Verträge über die Teilung der Türkei, über Polen, über Italiens Ansprüche auf die adriatische Küste, über Rumaniens Ansprüche auf das Gebiet bis zur Theis und Frankreichs Ansprüche auf die gesamten Reichslande abgeschlossen haben, so hat die Entente ein Programm vor sich, dessen Durchführung noch weitere fünf Jahre Krieg beanspruchen würde, wie Lord Northcliffe prophezeit; das bedeutet den Selbstmord der Zivilisation. Keine dieser Forderungen wurde in der Formel erwähnt, mit der Aquitane eine friedliebende Nation für den Krieg gewann. . . Wir verwerfen deshalb den Gedanken, daß ein derartiges Abkommen besteht. Fällt Konstantinopel unter dem Ansturm der Verbandsheere, so wird Russland es haben. Aber wir können nicht glauben, daß ein Abkommen existiert, das uns verpflichtet zu kämpfen, bis Konstantinopel erobert ist." IK.

Der französische Erfolg bei Verdun.

Der Militärkritiker des „Vind“ meint: „Vind“ meint: Der französische Erfolg bei Verdun sollte, obwohl er die allgemeine strategische Lage nicht wesentlich beeinflusst, dazu dienen, einer Verständigung eher näher als fernher zu rücken. Das treffe nur dann nicht zu, wenn er von der Entente überschätzt, von den Neutralmächten unterschätzt würde. Der Kritiker findet es bedeutungsvoll, daß General Foch, der Theoretiker der Operationsschlacht und der Flügelumgehung, als Führer der rechts von Velfort bis Toul stehenden Flügelgruppe von links nach rechts herübergeholt wurde. (Z. U.)

Der türkische Kriegsbericht.

Tigrisfront.

Konstantinopel, 18. Dezember. Amtlicher Heeresbericht vom 15. Dezember.

An der Tigrisfront beschießt der Feind wirkungslos unsere Stellung bei Fellahie. — Ein feindliches Flugzeug, das zwischen den Inseln Imbros und Tenedos hindurchflog, wurde unter das Feuer der feindlichen Zeißler genommen und abgeschossen.

Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten.

Der Stellvertretende ottomanische Oberbefehlshaber.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 18. Dezember. Im Laufe des Monats Dezember 1916 hat General Maude seine Stellungen am Hai-Fluß ausgedehnt, den Geländegewinn besetzt und die feindlichen Stellungen mit gutem Erfolg beschoßen. Kavallerieausklärungsabteilungen stellen fest, daß der Feind sieben Meilen westlich von Kut el Amara Pontonbrücken baut. Mehrere starke arabische Abteilungen wurden durch Geschützfeuer vertrieben. Unsere Verluste sind unbedeutend.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 18. Dezember. (B. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht.

Rumänische Front: In der Dobrudscha erreichten die verbündeten Truppen die Linie Wabadag—Ostrowa. Kavallerie zog in die Stadt Wabadag ein. Die Russen zündeten auf ihrem Rückzug die Dörfer an. Die einigermassen wichtigen Gebäude in Wabadag wurden durch den Feind zerstört. In der östlichen Walachei dauert der Vormarsch an. Die verbündeten Truppen überschritten den Calmahuit-Fluß.

Mazedonische Front: Vom Prespa-See bis zum Bardar schwach feindliches Artilleriefeuer, das nur etwas bestiger war im Tarnabogen, auf dem linken Bardarufer und in der Gegend der Belasica-Planina. Vereinzelt wechselseitiges Artilleriefeuer und Patrouillenunternehmungen am Dojran-See. Längs der Struma Artillerietätigkeit und Patrouillenunternehmungen.

Das Gebiet der unteren Donau.

Die schnelle Entwicklung der kriegerischen Ereignisse in Rumänien — der Anmarsch auf Braila, der Seeangriff am Sulinaeingang — läßt das Mündungsgebiet der Donau in den Vordergrund der allgemeinen Aufmerksamkeit kommen. In den „Deutschen Kriegsnachrichten“ macht Oberst Immanuel über dieses

Gebiet geographische Angaben. Darin heißt es: Die Donau hat das Schicksal vieler anderer Ströme, daß er sich vor seiner Mündung in mehrere Arme verzweigt und ein sumpfiges Niederungsland von höchst schwieriger Gangbarkeit bildet. Bei Galatz wendet sich die Donau an der Stelle, wo von links her der Sereth einmündet, in einem scharfen Bogen aus der bisher südwestlichen Stromrichtung nach Osten und bald darauf an der Einmündung des Pruth nach Südosten, jetzt dem Schwarzen Meer zustiehend. Der Hauptarm des Stromes hat bei Galatz eine mittlere Breite von 700 Metern bei einer Tiefe von 20 bis 40 Metern. Etwas weiter unterhalb, bei dem auf der Dobrudscha gelegenen Tultscha (Tulcea) teilt er sich in große Mündungsarme. Hier beginnt sein „Deltaland“, das eine mehr als 2500 Quadratkilometer große, für Truppenbewegungen äußerst schwierige Sumpflandschaft darstellt. Südwärts von drei Metern Höhe, durchschnitten von Flußarmen, Seen und Morästen, sind noch heute die Relikte von Siedlungen, Wäldern und Pfläzen. Die beiden Hauptarme — im Süden der St. Georgsarm, im Norden der Kilia-Arm — liegen von der Meereshöhe 60 Kilometer auseinander. Der eigentliche Schiffsahrtsweg ist der kanalisiert, unter Aufsicht der Donaukommission stehende mittlere Arm, die Sulina. Bis 1878 gehörte die Donaumündung bis zur Kilia der Türkei, das Nordufer war rumänisch. Im Berliner Kongreß nötigte Russland den Rumänen die Dobrudscha und damit auch die Donaumündung auf und nahm sich dafür das rumänische Beharabien bis zum Pruth und zum nördlichen Mündungsarm der Donau.

In allen Türkenkriegen hat die Strecke von Braila bis Tultscha als Übergangspunkt der Russen nach der Dobrudscha eine entscheidende Rolle gespielt. 1828 erfolgte der Übergang von Satunovo nach Tultscha, nicht gestört von den Türken, aber äußerst erlähmt durch das sumpfige Gelände. Tultscha, heute ein bedeutungsloses Städtchen, ist, nebenbei bemerkt, als „Jatiniga“ bekannt. Im Krimkrieg (März 1854) überschritten die Russen ohne Widerstand die Donau gleichzeitig an drei Stellen, bei Braila, Galatz und Tultscha. 1877 fand ein Übergang zwischen Braila und Galatz nahe der Serethmündung statt. Die Türken konnten ihn nicht abwehren und räumten die kleine Festung Ratschin. Braila ist ein wichtiger Ausfuhrhafen Rumaniens für Weizen und Delgewächse, eine Stadt von fast 60 000 meist bulgarischen Bewohnern. Die ehemals bedeutenden Festungswerke sind zerfallen. Die Stadt, die bis zum Jahre 1883 Freihafen war, liegt südlich des Sereth. Galatz hat eine gefährlichere Lage, denn es wird gegen die Walachei hin durch den Sereth-Abchnitt gedeckt, liegt aber sehr nahe hinter ihm. Die fast 75 000 Einwohner zählende Stadt war im Frieden nicht besetzt und ist der Mittelpunkt der Donauschiffahrt, wo in der Regel bedeutende Vorräte aufgeschichtet sind. Galatz hat in den Türkenkriegen viele Kämpfe erlebt und war 1855 bis 1857 von Österreich besetzt. In Galatz vereinigen sich große Kanaltinnen von Bender (Dobessa), Jassi, Czernowitz, Buzau und Bukarest. Reni, der russische Donaubahnhof, hat sich trotz aller Bemühungen Russlands im Wettbewerb gegen Galatz nicht entwickeln können. Seine militärische Wichtigkeit liegt in der Eisenbahn, die hier von Bender (Dobessa) her an die Donau trifft, und in der durch die Kriegsgeschichte erwiesenen Übergangsmöglichkeit über diesen Strom. Abwärts Reni sind die Geländeverhältnisse für ein solches Unternehmen schwieriger, da sich der Strom vielfach verzweigt und auf dem Nordufer von ausgebreiteten Seen begleitet ist. Bei Zmail—Tultscha liegen die Verhältnisse günstiger. Hier erschloß Sutarow (1790/91) blutige Siege über die Türken.

Taf selbst ein Kienstrom wie die Donau nicht unüberschreitbar ist, beweist die Vergangenheit, ebenso wie die allerjüngste Zeit.

Von der englischen Kriegsführung in den Kolonien.

Durch die vor einigen Tagen durch das Reichskolonialamt veröffentlichte Denkschrift über das Verhalten der englischen und der unter englischem Oberbefehl stehenden französischen Truppen gegen die weiße Bevölkerung der deutschen Schutzgebiete Kamerun und Togo wird die Aufmerksamkeit auf folgenden trostlos barbarischen Ermordung zweier deutscher Zivilpersonen und ihren Diener durch eingeborene englische Soldaten auf neutralem spanischem Gebiet gelenkt. Durch amtliche deutsche Ermittlungen und durch ein Urteil eines spanischen Gerichts ist folgendes festgestellt worden:

Anfang März 1915 wollten die deutschen Kaufleute Lehning und Arms zur Regelung rein geschäftlicher und persönlicher Angelegenheiten vom Kamerungebiet aus nach dem Hafenort Vota im spanischen Rio Munt reisen. Am 11. März befanden sie sich in dem Dorf Ahamelan auf spanischem Gebiet dicht südlich des Grenzflusses Kampos. Hier wurden sie in der Morgenfrühe von Eingeborenen, die dem spanischen Urteil zufolge von „fünf mit der Uniform des englischen Heeres besetzten Leuten“ dazu angeleitet waren,

verräterisch überfallen. Lehning sah zur Zeit des Überfalls ruhig in seinem Zelt und schrieb. Er wurde völlig überfallen, gebunden und dann von den fünf eingeborenen englischen Soldaten mit englischen Patronen erschossen, während andere Eingeborene ihm noch verschiedene Wunden durch Messer- und Langenstiche beibrachten. Die Leiche wurde ausgeplündert und nackt liegen gelassen, nachdem der eine von den Haupttätern, der englische Soldat Assam, der Leiche ein Ohr und eine Hand abgehauen und zum Mitnehmen in Bananenblätter eingewickelt hatte. Während dies vor dem Zelt der beiden unglücklichen Deutschen sich abspielte, hatte ein anderer Trupp der von den englischen Soldaten aufgebotenen Eingeborenen Armee, der sich auf einem Spaziergang im Dorf befand, überfallen und gefesselt. Nach Ermordung und Verstümmelung des Lehning begaben sich die fünf englischen Soldaten dann zu dem wehrlosen zweiten Opfer und machten Arm, unterstützt von den Eingeborenen, ebenso nieder wie Lehning. Auch der ausgeplünderten und nackten Leiche Arms' schnitt der englische Soldat Assam eine Hand und ein Ohr ab, die er mit den früheren grausigen Beweisen der Mordtat an Lehning zusammenpakte. Die Mörder begnügten sich aber nicht mit der Niedermetzelung der beiden friedlichen deutschen Privatpersonen, auch drei ihrer eingeborenen Diener müteten die Kreuze zu ihren Herren mit dem Leben bezahlten.

Nach diesen Mordtaten entfernten sich die fünf englischen Soldaten mit dem Gepäck der beiden gefundenen Briefschaften (!) und den grausigen „Trophäen“ aus Namaken, um an Bord eines englischen Dampfers, der auf dem Kampos vor Dipilar lag, die Delohnung und Anerkennung für ihren fünffachen Mord in Empfang zu nehmen.

Daraus muß in der Tat geschlossen werden, daß sie nur auf Befehl oder mindestens mit nachträglichem Einverständnis ihrer weichen englischen Vorgesetzten handeln können, und die Blätter haben recht, die bei diesem Beispiel barbarischer Kriegsführung an „Baralong“ erinnern.

„Rußland hat sich für seine Freunde geopfert.“

Maxim Gorkis Ruf nach Frieden.

Maxim Gorki, dem vor Jahresfrist das öffentliche Eintreten für den Frieden untersagt wurde, hat wieder das Wort ergriffen. In Moskau hielt er auf der Tagung des Russischen Schriftstellerverbandes eine Rede über die Zukunft Russlands. Er sagte unter anderem: „Die Zukunftsaussichten für unser Volk sind augenblicklich trostloser als je zuvor im Krieg. Die Hoffnungen, die sich an die erfolgreiche Frühjahrsoffensive geknüpft hatten, ruhen auf schwankendem Boden und sind heute verfliegen. Die Mauer aus Stahl und Eisen, mit der die Feinde unser Vaterland von der Außenwelt abgeschnitten haben, steht unerschütterlich da, und unser armes Volk beginnt jetzt die Wirkungen zu spüren. Wir stehen vor einem Winter voll Hunger, Elend und Not. Rußland hat sich für seine Freunde geopfert und ist zum Dank dafür von ihnen im Stich gelassen worden. Das reiche England, das unsere wirtschaftliche Not hätte lindern können, steht unätig da, und seine geringe Hilfe knüpft es an Bedingungen, die demütigend und beschämend zugleich sind.“ Gorki sprach von den traurigen Verhältnissen, die dem russischen Volk nach dem Krieg in wirtschaftlicher und politischer Beziehung drohen. Die Reaktion, sagte Gorki, erhebe immer drohender ihr Haupt. Der Krieg sei für Rußland zu keinem glücklichen Ende mehr zu bringen und man solle versuchen, den Frieden herbeizuführen, ehe es so weit komme, daß Rußland nur noch einen Frieden von der Gnade Englands erhalten kann.“

Die Unruhen in Portugal.

In Portugal dauert laut Madrider Bericht der „Frankf. Ztg.“ der Kriegszustand fort. Trotz angeblicher Ruhe nehmen die Verhaftungen zu. „Tempo“ meldet: „Die Lissaboner Polizei entdeckte mehrere Bomben. Sie hatte erfahren, daß geheimnisvolle Versammlungen von Monarchisten und Republikanern in der Hauptstadt abgehalten wurden. Zwei wichtige Versammlungen dieser Partei wurden unterdrückt. In der Strafe des zweiten Dezember wurde ein Kaffeehaus, in dem sich eine Waffenverlagerung befand, von Militär umzingelt. Santos wurde nach seiner Verhaftung an Bord des „Bakeo da Gama“ gebracht. Der Ministerpräsident versicherte im Senat, daß die Bewegung zum Stillstand gebracht worden sei. Die Regierung werde ihre militärischen Verpflichtungen — Kanonensfutter nach Frankreich zu liefern — bald erfüllen.“

Der Seekrieg.

Versenkt. Lloyd's meldet, daß der schwedische Schoner „Morb“ von einem deutschen Unterseeboot versenkt und die Besatzung von dem Dampfer Capri an Land gebracht worden ist. Der spanische Dampfer „Alfon“ (2084 T.) und der portugiesische Dampfer „Caralis“ wurden versenkt. Die englische Admiralität macht bekannt: Ein leeres, für den Westen bestimmtes britisches Pferdetransportschiff „Ruffien“, 8825 Brutto-Registertonnen groß, ist am 14. Dezember von einem U-Boot im Mittelmeer versenkt worden. 11 Mann von der Besatzung und 17 amerikanische Pferdetransporte sind dabei ums Leben gekommen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Lugano: Ein Schiff, dessen Identität bisher unbekannt ist, stieß am 13. Dezember in der Adria auf eine Mine und sank mit Mann und Maus. Es erlitten dabei Generalleutnant Creste Vandini, der Oberbefehlshaber des italienischen Heeres in Albanien, und zahlreiche Seeleute.

Kleine Kriegsnachrichten.

Tarnowski Geleit. London, 18. Dezember. Das neuterische Bureau erzählt, daß dem Grafen Tarnowski nur infolge der Vorstellungen der amerikanischen Regierung sicheres Geleit gewährt worden sei. Das Geleit würde abgelehnt worden sein, wenn es lediglich von der österreichisch-ungarischen Regierung durch Vermittlung der amerikanischen Regierung ausgesprochen worden wäre.

Aus den Kämpfen in Mexiko. Die Pariser Blätter berichten aus New York: Nach Nachrichten aus El Paso sprengten die Truppen Villas, die einen Angriff auf die Stadt Chihuahua vorbereiteten, im Bahnhof von Wachino einen Sprengzug in die Luft, mehr als 200 Reisende wurden getötet.

Ein neues holländisches Orange-Buch. Ein Memorandum des niederländischen Ministers des Auswärtigen kündigt an, daß gegenwärtig ein neues Orangebuch gedruckt und demnächst herausgegeben werde.

Letzte Nachrichten.

Das neue englische Kabinett vor dem Unterhaus.

Rotterdam, 19. Dezember. (B. Z. B.) „Neuere Rotterdammer Courant“ meldet aus London: Bei der gestrigen Debatte über die neuen Ministerien und Staatssekretariate betreffende Gesetzesvorlage wurde eine Aufklärung über das Verhältnis zwischen den 28 Ministern, die an der Spitze von Departements stehen, und dem aus fünf Mitgliedern bestehenden Kabinett, gegeben. Bonar Law gab zu, daß der Geist, in dem die Departementsminister nach dem neuen System ihre Ämter auszufüllen trachteten, durchaus im Widerspruch zu allem Bisherigen stehe. Man wüßte vor allem, Arbeit zu leisten. An dem neuen System wurde einige Kritik geübt. Mc Kenza, als Hauptredner der Opposition, warnte die Regierung mit freundlichen Worten davor, zuviel besondere Parlementssekretäre anzustellen.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Hilfsdienst und englische Zwangsarbeit.

Das deutsche Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst schafft gewiß keinen idealen Rechtszustand im gewerblichen Leben. Das wird von niemand besser erkannt als von den Gewerkschaftsführern selbst. Wenn sie trotzdem für das Gesetz stimmten, so taten sie dies in der Erkenntnis, daß die durch die Kriegsnöte geschaffene Zwangslage die Schaffung des Gesetzes erforderte. Und sie beteiligten sich an dem Zustandekommen des Gesetzes im Reichstag und wirken jetzt mit an der Durchführung des Gesetzes, um die gewerkschaftlichen Forderungen zu vertreten und die Arbeiterinteressen zu wahren.

Wer da aber der Meinung sein sollte, daß nur in Deutschland solche Zwangsmaßnahmen bestehen, dagegen in anderen Ländern noch die unbeschränkte Freiheit des Arbeiters im Arbeitsvertrage besteht, der ist sehr im Irrtum. Ein Vergleich des deutschen Hilfsdienstgesetzes und des englischen Gesetzes „betreffend Vorkehrungen zur Förderung wirksamer Herstellung, Beförderung und Lieferung von Rüstungsgegenständen“, das schon im Juli 1915 erlassen wurde, läßt das englische Gesetz durchaus nicht in milderem Lichte erscheinen. Insbesondere sind die Strafbestimmungen sehr hart. Dort ist z. B. der Streik für den Arbeiter absolut verboten. Wer entgegen dem Verbot streikt, kann mit einer Geldstrafe bis zu fünf Pfund (= 100 M.) bestraft werden. Für andere Zuwiderhandlungen sind Strafen von drei Pfund vorgesehen, auch Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten können verhängt werden. Besonders wichtig ist aber, daß es im Ermessen des Gerichts liegt, ob eine gegen den Arbeiter verhängte Geldstrafe vom Lohn in Abzug gebracht werden kann.

Diese Bestimmungen werden auch im neutralen Ausland als so hart empfunden, daß dort in der Arbeiterpresse direkt vor Arbeitsannahme nach England gewarnt wird. Die englischen Industriellen suchen nämlich im Ausland Arbeiter für die Rüstungsindustrie. Das Züricher „Volkrecht“ brachte in einer seiner letzten Nummern eine Mahnung zur Vorsicht. Darin werden die Schweizer Arbeiter gewarnt, nicht auf ein im „Volkrecht“ erschienenen Inserat sich als Dreher, Schleifer oder Werkzeugmacher nach Schottland zu melden. Der Einsender dieser Mahnung begründet diese zunächst damit, daß jeder Neutrale, der in irgend einem kriegsführenden Lande eine Stelle antritt, direkt oder indirekt am gegenwärtigen Menschenmorden teilnimmt, weil durch seinen Eintritt in die Rüstungsindustrie ein einheimischer Arbeiter ersetzt wird, der dann zum Heere eingezogen werden kann. Weiter aber verweist er auch darauf, daß die fast fabelhaft erscheinenden Wochenlöhne, die den ausländischen Arbeitern für die englische Industrie angeboten werden, nur erreicht werden bei Nacharbeit und bei einer Gesamtbeschäftigung von 84 Stunden wöchentlich. Dazu käme, daß das Leben in England bedeutend teurer sei. Der Arbeiter muß sich aber durch Vertrag auf sechs Monate oder für die Kriegsdauer verpflichten und der Vertrag kann von dem Unternehmer automatisch erneuert werden, sogar gegen den Wunsch des Arbeiters. Der Arbeiter ist dagegen machtlos. Auch kann der auf diese Weise gebundene Arbeiter keine neue besser entlohnte Stelle antreten ohne die schriftliche Erlaubnis des Meisters. Die neutralen Arbeiter sind somit auch in Wirklichkeit mobilisiert und unterstehen dem Militärgebot. Endlich verweist der Einsender dieser Notiz auch auf die Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten und einer Buße von 2500 Frank.

Ein Vergleich des deutschen Hilfsdienstgesetzes mit dem im „Lande der Freiheit“ bestehenden Zwangsgebot fällt daher nicht zuungunsten des deutschen Gesetzes aus. Im Anschluß hieran muß übrigens auch bemerkt werden, daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ sehr ungehalten über den Einfluß der Arbeitervertreter beim Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes ist. Sie meint, daß neben der durch die Vertretung in allen Ausschüssen erreichten starken Einwirkungen die Gewerkschaften noch weiter Erfolge durch das Gesetz erzielt haben und daß diese Errungenschaften auf Kosten der Unternehmer gingen. Wie notwendig aber dieser Einfluß und diese Einwirkungen der Arbeiterorganisationen sind, wird sich bei der praktischen Durchführung des Gesetzes erweisen.

Deutsches Reich.

Verhandlungen im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe.

Am 14. Dezember haben die Arbeitervertreter mit dem Richter-Arbeitsrat-Verband des genannten Bezirks wegen der Durchführung der vor dem Reichsamt des Innern abgeschlossenen Vereinbarungen für das Holzgewerbe verhandelt. Hierzu hatten der Holzarbeiterverband und der Gewerksverein der Holzarbeiter (S.-D.) Vertreter entsandt. Wie vorausgesehen war, ist es mit den Arbeitnehmern zu einer Verständigung nicht gekommen, da diese keineswegs die ernstliche Absicht befanden, die für die Allgemeinheit abgeschlossenen Vereinbarungen auch ihrerseits anzuerkennen. Sie verlangten sowohl formell wie inhaltlich ganz andere, für die Arbeiter natürlich bedeutend verschärfte Bedingungen; außerdem gefielen sie sich darin, die Verständigung dadurch zu erschweren, daß sie vorgaben, für die sämtlichen und selbst die unbedeutendsten Annahmen Vertreter zu den Verhandlungen herbeizuziehen zu müssen.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen sind dadurch in eine recht schwierige Lage versetzt worden, da ihre Mitglieder erklärtermaßen mit allem Nachdruck auf eine schnelle Erledigung der Sache drängen, was auch aus dem Grunde verständlich ist, weil mit Jahresabschluss der Termin für die Kündigung der Tarifverträge herangekommen ist. Um auch in dieser Frage Klarheit zu schaffen und zu dem Stand der schwebenden Verhandlungen überhaupt Stellung zu nehmen, haben die drei Arbeiterverbände am 17. Dezember in Essen eine gemeinsame Konferenz ihrer Bezirksstellenvertreter abgehalten. Nach Anhörung des Berichts über die am 14. Dezember geführten Verhandlungen, die infolge des Verhaltens der Unternehmer ein Resultat nicht gezeitigt hatten und demzufolge am 21. Dezember fortgesetzt werden sollen, hat die Konferenz die Sachlage eingehend besprochen und die Verhandlungsvertreter beauftragt, sich an diesen Verhandlungen noch einmal zu beteiligen. Weiter beschloß die Konferenz für die von ihren Vertretern einzunehmende Haltung einstimmig eine Resolution, in der die Konferenz erklärt, sie stelle sich in jeder Hinsicht auf den Boden der am 10. November 1916 in Berlin vor dem Reichsamt des Innern abgeschlossenen Vereinbarungen, die auch im Bezirk für Rheinland und Westfalen ohne jede Einschränkung zur Durchführung gebracht werden müssen. Im Hinblick auf den bevorstehenden Kündigungstermin der Tarifverträge spricht die Konferenz die dringende Erwartung aus, daß die Unternehmer dem berechtigten Verlangen der Arbeiter nach der gleichen Berücksichtigung ihrer Notlage, wie es im gesamten Holzgewerbe geschehen ist, sich nicht länger widersetzen werden. Den Verhandlungsvertretern wird

zur Pflicht gemacht, in den weiteren Verhandlungen an den für die Allgemeinheit vereinbarten Abmachungen unbedingt festzuhalten. Im Falle auf dieser Grundlage eine Verständigung mit den Unternehmern nicht möglich sein sollte, ist von den Arbeiterorganisationen die Kündigung der bestehenden Tarifverträge zum 1. Januar 1917 auszusprechen.

Eine Gauleiterkonferenz des Buchbinderverbandes

Am 14. und 15. Dezember in Berlin statt. Der Verbandsvorsitzende Kloß gab zunächst eine Uebersicht über die Lage der Gewerkschaften im allgemeinen und die des Buchbinderverbandes. Im Vergleich mit anderen Gewerkschaften habe sich die Mitgliederzahl des Buchbinderverbandes während des Krieges nicht nur gehalten, sondern auch seine finanzielle Lage wäre besser, als man in den ersten Kriegsmontaten mit ihrer großen Arbeitslosigkeit hätte erwarten können. Allerdings dürfe dabei der Umstand nicht vergessen werden, daß der Verband fast zur Hälfte aus weiblichen Mitgliedern bestünde und daher von den militärischen Einberufungen nicht so hart betroffen worden wäre wie diejenigen Verbände, die überwiegend aus männlichen Mitgliedern zusammengesetzt seien. Am 30. Juni 1914 zählte der Verband 16 413 männliche und 15 968 weibliche, also insgesamt 32 381 Mitglieder, während die entsprechenden Zahlen am 13. September 1916 5873, 11 324 und 17 197 lauteten. Das Vermögen betrug am 30. Juni 1914 1 044 935 M. und am 30. September 1916 1 046 513 M. in der Hauptkassa. Das Lokalkassenvermögen betrug am 31. Dezember 1915 335 443 M. Das Gesamtvermögen hat um 60 928 M. abgenommen, was inzwischen aber mehr als ausgeglichen sei, trotz der hohen Ausgaben, die neben den statutarischen für nicht statutarische Zwecken an heeresangehörige Mitglieder für Weihnachtsgeldunterstützungen und Hinterbliebenenunterstützung an die Angehörigen gefallener Kollegen geleistet worden seien. Freilich dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß in dem Verbandsvermögen ein immer mehr anwachsender Teil der Reserven für Invalidenunterstützung enthalten und daher das reine Kampfervermögen und das für andere Unterzwecke nicht unwesentlich zurückgegangene sei; was für die spätere Beitragsfestsetzung bedacht werden müsse. In dem Referat Kloß wurden sonst noch alle wichtigen Vorkommnisse des Verbandslebens: die Beziehungen zu anderen Gewerkschaften, zu den ausländischen Bruderverbänden, die Tätigkeit in der Kriegswirtschaftsfürsorge, die Tarif- und Feuerzuzulagebewegung behandelt und durch eine ausgiebige Aussprache ergänzt.

Bezüglich der Wiederaufnahme früherer Mitglieder unter Ausrechnung früher geleisteter Beiträge kam die Konferenz nach einer vorliegenden ausführlichen Denkschrift und einem ergänzenden Referat des Verbandsleiters Gauleiter zu einer Entschliessung, die aussprach, daß den ausgeschiedenen Mitgliedern irgendein Anspruch auf Anrechnung früher geleisteter Beiträge zwar nicht zustehe, was aber nicht auszuschließen brauche, daß solchen Mitgliedern gegenüber, bei denen mildere Umstände in Betracht kämen, ein gewisses Entgegenkommen geübt werden könne, wofür dem Verbandsvorstand gewisse Richtlinien aufzustellen überlassen wurde. Wie es mit den Halbinvaliden gehalten werden soll bezüglich Beitragsleistung und Unterstützung — u. a. auch wegen der Invalidenunterstützung —, darüber konnte eine bestimmte Entscheidung noch nicht getroffen werden. Der Verbandsvorstand soll die Angelegenheit weiter verfolgen und gegebenenfalls die auf dem letzten Verbandstag gewählte Statutenberatungskommission zu weiteren Beratungen heranziehen.

An das Referat Kloß über „Parteilosigkeit und Gewerkschaften“ entspann sich eine längere Aussprache, deren Ergebnis der zweite Verbandsvorsitzende Harder am Schluß unter Zustimmung der Konferenz dahin zusammenfaßte: Die Politik des 4. August ist die durch die Verhältnisse bedingte und deshalb für die Gewerkschaften richtige. Die entsprechende Stellungnahme Kloß ist daher auch als richtig anzuerkennen, er wird aber als stellvertretender Redakteur ersucht, gegen ihn gerichtete persönliche Angriffe künftig in der „Buchbinder-Zeitung“ leicht aufzufassen und sie nur sachlich und unter Vermeldung persönlicher Schärfe zu entwidern.

Ueber Agitationsfragen referierte der zweite Verbandsvorsitzende Harder. Er zog dabei auch die Wirkung des neuen Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes auf den Verband in Betracht. Durch das Ueberwecheln in die Kriegsausstattungsindustrie wären nicht nur dem Verbands, sondern den Gewerkschaften überhaupt manche Mitglieder verloren gegangen, weil die in Frage kommenden Verbände kein so großes Interesse an deren Organisationszugehörigkeit bewiesen hätten; dieselbe Erscheinung könne sich sehr wohl auch beim Hilfsdienst zeigen.

Unter Organisations- und Verwaltungsfragen wurden lediglich innere Angelegenheiten des Verbandes behandelt. Besonders wurde darüber der allseitige Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Gauleiter möchten möglichst selbständig und in Verbindung mit den Ortsvereinigungen die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation erfüllen, um Vervielfachung und doppelte Arbeit zu vermeiden.

Berlin und Umgegend.

Weihnachtsfeier im Verband der Kupferschmiede.

Da der Verband auf Grund von wöchentlichen Ertragsbeiträgen in Höhe von 0,50 bis 2 M., je nach Verdienst, den Familien der eingezogenen Mitglieder eine laufende monatliche Unterstützung von 9 M. für die Frau und 2 M. für jedes Kind und nach Ablauf von 3 Monaten von 5 resp. 1 M. zahlt, für die in der Filiale Berlin seit August 1914 bis zum 30. September 1916 53 570 M. aufgebracht und 32 225 M. ausgegeben wurden, so mußte von einer besonderen allgemeinen Weihnachtsunterstützung, wie sie bei einem Teil der übrigen Gewerkschaften üblich ist, abgesehen werden. Dagegen hatte die Filiale Berlin zum drittenmal innerhalb der Kriegszeit die Frauen und Kinder der zum Heeresdienst eingezogenen zu einer wohlgeplanten Weihnachtsfeier eingeladen. Diese Feier fand am Sonntag, den 17. Dezember, in den Ruffierfälen statt. Saal und Galerie vermodeten die Zahl der Erschienenen kaum zu fassen.

Im strahlenden Lichte eines riesigen Weihnachtsbaumes hatten in der Mitte des Saales an langen Tafeln die Kriegserfrauen nebst Kindern Platz genommen, auf denen für jedes Kind ein bunter Keks mit Nüssen und Pfefferwurz aufgebaut war. Außerdem erhielt jedes Kind ein kleines Geschenkelein.

Die Feier, die durch einige der Stimmung des Tages angepaßte Musikstücke eingeleitet wurde, erreichte ihren Höhepunkt in einem wirkungsvollen und vollendet gesprochenen Prolog und der Festansprache des Geschäftsführers W. Kühne. Starke Beifall begleitete die Rede und Prolog. Konzert, Jüthervorträge der Geschwister Sobns und Kinderwörtergehe wechselten in bunter Folge und hielten die Teilnehmer in bester Stimmung zusammen. Es war erbebend, zu sehen, in welcher Freude die Hunderte von Kindern glänzten.

Soziales.

Krankenversicherung im besetzten Auslande.

Die im „Vorwärts“ (Nr. 845 vom 16. Dezember) angekündigte Verordnung des Bundesrats über die Krankenversicherung deutscher Arbeiter in dem von deutschen Truppen besetzten Auslande liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sie geht leider nicht so weit, wie es nach der ersten amtlichen Verlautbarung angenommen werden konnte. Gegen Antikontingente werden nur versichert Deutsche, die während des gegenwärtigen Krieges in dem von deutschen Truppen besetzten Auslande von deutschen Unternehmern für Zwecke des deutschen Heeres oder der kaiserlichen Marine beschäftigt werden, wenn sie bei einer gleichen Beschäftigung im Inlande der reichsgesetzlichen Krankenversicherung unterliegen würden. Das gleiche gilt für Angehörige der dem Deutschen Reich verbündeten sowie der neutralen Staaten, wenn die Beschäf-

tigung außerhalb ihres Heimatstaates stattfindet. Nichtversicherungs-pflichtige können unter den Voraussetzungen der R. V. D. in die Versicherung freiwillig eintreten.

Für die im Ausland Beschäftigten kann der Unternehmer mit Zustimmung der für den Bezirk der Kasse zuständigen obersten deutschen Verwaltungs- bzw. Militärbehörde eine besondere Betriebskrankenkasse errichten. Sonst gehören sie der für den inländischen Betrieb des Unternehmers bestehenden Betriebskrankenkasse oder, beim Fehlen derselben, nach weiterer Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde des dem Beschäftigungsorte zunächst gelegenen inländischen Grenzgebiets, einer Kreis- bzw. Landkrankenkasse dieses Grenzgebiets an. Eventuell kann auch der Unternehmer über die Kassenzugehörigkeit eine Vereinbarung mit einer anderen Kranken-

kasse abschließen.

Der Grundlohn bestimmt sich nach dem wirklichen Arbeitsverdienste der Versicherten bis 6 M. für den Arbeitstag.

Im Auslande gewährt die Heeres- oder Marineverwaltung den Versicherten die Krankenhilfe. Die Krankenkasse hat ihr die Kosten nach den Grundätzen der R. V. D. zu erstatten.

Wird eine besondere Betriebskrankenkasse errichtet, bestimmt die deutsche oberste Verwaltungs- oder Militärbehörde das Nähere über die Aufsicht, das Verfahren bei Streitigkeiten und bei Schließung der Kasse sowie über die zulässigen Rechtsmittel. Sie beschließt über die Genehmigung der Satzung und bestimmt zugleich, wann die Kasse ins Leben tritt. Die Wahl zu den Kassenorganen braucht nicht nach den Grundätzen der Verhältnismäßigkeit zu erfolgen, muß jedoch geheim sein.

Die Verordnung, die am 15. Januar 1917 in Kraft tritt, gilt nicht für unständig Beschäftigte und für schon nach der R. V. D. Versicherte.

Die obersten Verwaltungsbehörden für Heer und Marine können bestimmen, wieweit die Vorschriften der Verordnung auch für unmittelbare Beschäftigungsverhältnisse zur deutschen Heeres- oder kaiserlichen Marineverwaltung, sowie für Personen zu gelten haben, die in dem nicht von deutschen Truppen besetzten Auslande von deutschen Unternehmern oder Behörden für Zwecke des deutschen Heeres oder der kaiserlichen Marine oder für gleiche Zwecke einer verbündeten Macht beschäftigt werden.

Der Reichsminister kann bestimmen, daß und inwieweit die Vorschriften der Verordnung auch für Beschäftigungsverhältnisse zur deutschen Unternehmern für Zwecke anderer deutscher Behörden oder für unmittelbare Beschäftigungsverhältnisse zu anderen deutschen Behörden zu gelten haben. Er kann auch weitere Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung erlassen. Sonst sind die Vorschriften der R. V. D. sinngemäß anzuwenden.

Soweit der Erwerb von Rechten davon abhängt, daß eine Versicherung gegen Krankheit von bestimmter Dauer vorangegangen ist, steht die Versicherung nach dieser Verordnung einer Versicherung auf Grund der R. V. D. gleich.

Soweit die Verordnung!

Mit der Grundtendenz dieser Verordnung können wir uns uneingeschränkt einverstanden erklären. Sie räumt mit dem Grundlag auf, daß die Versicherung an den politischen Grenzen des Reiches aufzuheben habe. Aber sie geht nicht weit genug. Die Versicherung soll nur bestehen, soweit eine Arbeit für Zwecke des Heeres oder der Marine, eventuell auch für andere deutsche Behörden oder einer verbündeten Macht, in Frage kommt. Andere Tätigkeit für einen deutschen Unternehmer soll nicht versichert sein. Soweit deutsche Arbeiter in besetzten Gebieten Betriebe errichtet haben, ist es nur möglich gewesen, wenn diese der gesamten Volkswirtschaft dienen, auch wenn sie nicht gerade für Heeres- oder andere behördliche Zwecke tätig sind. Deshalb sind die deutschen Arbeiter dieser Betriebe nicht der Versicherung unterstellt? Kein Grund ist ersichtlich.

Aber auch wo die Krankenversicherung auf Grund der neuen Verordnung gegeben sein wird, fehlt die Invaliden- und vor allem die Unfallversicherung. Die letztere ist zum mindesten ebenso wichtig, wie die Krankenversicherung. Die Unfallgefahren werden in den nicht so gut wie in Deutschland selbst, oft nur mit sehr primitiven Mitteln eingerichteten Betrieben größer sein. Jetzt ist eine Unfallversicherung bei ausländischen Arbeiter deutscher Unternehmer nur gegeben, wenn es sich dabei um eine „Ausstrahlung“ des inländischen Betriebes handelt. Die ungewöhnlichen Verhältnisse, die der Krieg schafft, hat das R. V. D. dazu geführt, den Ausstrahlungsbegriff möglichst auszuweiten. „Wenn man“, so sagt das R. V. D. in einer in der Septembernummer der „Amtl. Nachr.“ abgedruckten Entscheidung, „im Kriege den gleichen Nachschub anlegen wollte wie im Frieden, so würden ... zahllose deutsche Arbeiter, die daselbst (im Auslande) im deutschen Interesse in Privat- und Staatsbetrieben, insbesondere in der Heeresverwaltung, tätig sind, aus der Versicherung herausfallen und damit des ihnen im Inlande gewährteltesten gesetzlichen Anspruches auf Unfallentschädigung verlustig gehen.“ Aber wie gerade die überwiegende Verwendung inländischer Arbeitskräfte die enge Verbindung der ausländischen Arbeiter mit dem inländischen Betriebe schafft, fehle sie, wenn ausschließlich oder weit überwiegend ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Dann liege ein Betrieb vor, der versicherungsmäßig dem inländischen Betriebe nicht mehr zurechnet werden könne. Deshalb sind auch die bei der erwähnten Entscheidung in Frage stehenden Wegearbeiten, die eine Firma im Werte von 2 1/2 Millionen Mark in Polen übernommen hatte, als selbständiger ausländischer, nicht versicherungspflichtiger Betrieb, angesehen worden.

Warum also wird den „zahllosen deutschen Arbeitern“, die „im deutschen Interesse“ im besetzten Auslande tätig sind, der Schutz der Unfallversicherung verweigert? Auch hier, und vor allem hier, müssen wir sagen: Kein Grund ist ersichtlich.

Wenn wir oben sagten, daß mehr noch wie bei der Invalidenversicherung die Unfallgefahren der Versicherung unterstellt werden müßten, so nicht deshalb, weil wir die Invalidenversicherung für minder wichtig hielten, sondern deshalb, weil bei dieser ja die Versicherung freiwillig fortgesetzt werden kann. Besser wäre es natürlich, wenn auch für diese der Versicherungszwang eingeführt würde.

Wir harren also weiterer Verordnungen.

Eingegangene Druckschriften.

- Um Deutschlands Zukunft. 1: Das Volk und der Krieg. Von M. Goben-Reich. Reimer Hobbing, Berlin SW 61.
- Flemmings Friedensforten. Herausgegeben von Prof. Dr. S. A. Reiter. Nr. 1: Politisch-geographische Grundlagen Europas für Friedensbetrachtungen. 2. M. E. Flemming, Berlin W 50.
- Niels Holgersens wunderbare Reise mit den Wildgänsen. Von Selma Lagerlöf. Geb. 3 M. Hesse u. Becker, Leipzig.
- Südbemärdern. Herausgegeben von P. Lumbach. 3,60 M., geb. 7 M. E. Diederichs, Jena.
- Hummel Hummel. Illustrierte Ausgabe der 49 alten Sprechwörter für die Soldaten und Marinesoldaten. 2. M. L. Götlich, Berlin Hilomstr. 74.
- Grund- und Zukunftsfragen deutscher Politik. Von Professor Dr. A. Eiler-Somlo. 6 M., geb. 7,50 M. A. Marcus u. O. Webers Verlag, Bonn.
- Der letzte Wiederkehrer. Ein Frankfurter Roman aus dem Vormärz. Von Dietrich Wolff. 4 M., geb. 5 M. A. Dunder, Weimar.
- Unser Reichskanzler. Sein Leben und Wirken. Von J. Köstler. 3 M. Augustin u. Co., Charlottenburg, Spreestr. 43-44.
- Kriegshandkarte 10: Rumänien. Die Kämpfe um die Karpatenpässe und die Dobrudscha. 80 Bl. D. Reimer, Berlin SW 48.
- Werner Siemens, seine Person und sein Werk. Von E. Dählmann. 1 M. J. Springer, Berlin W 9.
- Verordnungen der kaiserlichen Behörden zu Frankfurt a. M. über die Lebensmittelforschung. Von R. Richter. 2. Nachtrag. 1 M. J. B. Aufhäuser, Frankfurt a. M.
- Die Aufgaben der deutschen Flotte im Weltkriege. Von R. Hoffweg. 1 M. R. Siegmund, Berlin SW 11.
- „Arbeiterpolitik“ Heft 26. 15 Pf. Verlag in Bremen.
- Der Deutsche Krieg. Heft 84: Land oder Geld. Von Georg Bernhard. — Heft 85: Die Lehren des Weltkrieges für unsere Kolonialpolitik. Von Dr. W. D. Soll. Einzelh. 50 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
- Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbl.

Fürst Henckel von Donnersmarck.

Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck ist in Berlin im hohen Alter von 86 Jahren gestorben. Der schlesische Magnat begnügte sich nicht, über ungeheure Gebiete als Standesherr zu herrschen, obwohl die Fideikommisshe Jaglin und Repton, die Herrschaft Jabrze (Gindenburg), die Güter Ramin, Chropaczow und Schwientochlowitz in Schlessien, die Güter Zabkowitz und Dobierzowice in Russisch-Polen, die Herrschaft Lipowice in Galizien auch einem unternehmungslustigen Landwirt hätten das Leben füllen können. Guido Henckel war in der Welt weit genug herumgekommen, um das Zeitalter zu verstehen, das den Kaufmann und Industriellen und mehr noch den kapitalistischen Pionier und Gründer auf den Ehrenschild hebt. Er gründete das Eisenwerk Kraft bei Stettin, das dank seiner Lage am Wasser und der sich daraus ergebenden Billigkeit der Erz- und Kohlenzufuhr wohl gedeiht. Er war ferner hervorragend beteiligt an Unternehmen der chemischen, Papier- und Munitionsindustrie. Sein spekulativer Späherblick suchte die riesenhafte Entwicklung Berlins und die daraus resultierende Bodenpreissteigerung zu nutzen. Er war im Immobilien-geschäft der inneren Stadt tätig und gründete die Zehlendorfer-West-Terrain-A.-G. und die Frohnauer Wohnstättengesellschaft.

Der Mann, der gestern in Berlin gestorben ist, war in seiner Vielseitigkeit einer der bedeutendsten Männer Deutschlands.

Erstaunlich ist die Lebensleistung des Fürsten, der in der hohen Politik — ohne ein Amt — mehr ausgerichtet hat als irgend einer unserer Staatsmänner von heute; als Standesherr von Leuten einer der größten schlesischen Landmagnaten, war er außerdem einer der genialsten Kaufleute und Großindustriellen des Reiches. Seine geschäftlichen Leistungen sind um so merkwürdiger, als er auch einer der bekanntesten Lebemänner des neunzehnten Jahrhunderts gewesen ist und sich als solcher sogar im Hause des zweiten Kaiserreichs das „Ansehen“ verschafft hatte, das man dort mehr noch als anderswo mit solchen Talenten erwerben kann, wenn diese Talente dem Stil französischer Ansprüche genügen.

Die Fürsten und Grafen Henckel stammen von einem Lazarus Henckel ab, der unter Kaiser Rudolf II. geblüht wurde. (Dah Lazarus Henckel jüdischen Stammes gewesen sei, wird behauptet und bestritten.) Sie gehören also zum Urie, nicht zum Ue- und Hochadel.

Guido Henckel genoss bis zum deutsch-französischen Kriege sein Leben in Paris und war auch bei Napoleon III. in Gunst. Graf Henckel — Fürst ist er erst 1901 geworden — war vor dem Kriege der bevorzugte Kavaliere der Blanche Lachmann, deren Courisantenlaufbahn zu den abenteuerlichsten aller solcher Karrieren gehört, die man kennt. Was über diese Frau erzählt wird — z. B. von Franz Blei in seinem Plauderbuch „Die Plauderquaste“ —, hat zum Teil nur den Wert von Anekdoten, aber von bezeichnenden Anekdoten. So wie Blanche Lachmann in ihnen auftritt, war sie; und ihr Leben war so, wie man es in den Historien erzählt.

Dah sie zuerst einen Schneider geheiratet hätte, dem sie nach Paris davongegangen sei, ist nicht ganz sicher beglaubigt. Dagegen weiß man, dah sie in Paris nacheinander viele Favoriten hatte, schließlich den portugiesischen Baron Paiva heiratete, der sich erschoß, als sie ihn verließ, um dem Grafen Henckel erst als Geliebte und später als Gattin zu folgen. Zu ihren Freunden gehörte auch Napoleon III. Eine Frau, die eines Tages zu mir kam, um als — eheliche oder uneheliche — Tochter von Blanche Lachmann de Paiva-Henckel-Donnersmarck meinen Rat wegen der Verwirklichung ihrer Erbansprüche an den Nachlaß ihrer Mutter zu erbitten, sagte mir, dah Paiva habe sich in Gegenwart ihrer Mutter und des Grafen Henckel erschossen.

Diese Frau — Margot Hamburg von Buchenau — ist einer der rätselhaftesten Menschen, die meinen Lebensweg gekreuzt haben. Sie war, als sie zu mir kam, eben aus der Untersuchungsgefängnis in Dresden entlassen, in die sie auf Anzeige des Fürsten Guido Henckel wegen Erpressungsversuchs gebracht worden war. Das Verfahren gegen sie war eingestellt, aufseheinend, weil Staatsanwalt und Untersuchungsrichter die vielen Indizien für die Glaubwürdigkeit ihrer Behauptungen für erheblich gehalten haben. Ich selber konnte nicht umhin, die Mitteilungen der Dame, die selbst den besonnensten und klarsten Eindruck machte, für richtig zu halten, obwohl ich gegen derartige Vorträge und Hilfesuchende durch Erfahrungen sehr eingenommen bin.

Die Dame erklärte mir, dah sie aus einer Ehe ihrer Mutter Blanche Lachmann mit einem reichen österreichischen Aristokraten Hamburg v. Buchenau stamme. Ihre Vater sei ebenfalls durch Selbstmord gestorben. Ihre Mutter habe sie aufs Land abgeschoben zu einem Geschwisterpaar Talbot in Delme bei Paris, das mit dem Kinde nach Oberitalien gezogen sei. Koch in den ersten Kinderjahren der Margot Hamburg v. Buchenau heiratete Blanche Lachmann — vor dem Ausbruch des Krieges — den Grafen Henckel, der, wie Franz Blei sagt, sie „heiraten mußte, um das Geld wieder in die Familie zu bringen“. Welches Geld? Schwer jedenfalls in seinen Ursprüngen zu ergründen. Frau Blanche war jedenfalls reich; sie hatte ein Palais in Paris, nach der Behauptung von Margot Hamburg v. Buchenau ein Geschenk Napoleons, nach anderer Behauptung ihr von Guido Henckel geschenkt. Nebenfalls konnte Graf Henckel sich nach dem Kriege das fürstliche Schloß Reuders erbauen.

Beim Friedensschluß 1871 hat Graf Henckel mit Bismarck über den finanziellen Teil besorgt — die konservativen Desinteressierten gegen Bismarck haben gegen diesen und jene deshalb schwere Angriffe gerichtet.

Wie mir ein namhafter Diplomat berichtet hat, ist Graf Henckel auch der Mann, der auf Bismarcks Wunsch die Sprachgrenze in die Karte eintrug, die Bismarck in die Beratung mit dem Kaiser und Klotze über die Friedensbedingungen mimmte.

Graf Henckel hat als reifer Mann die ungeheuren Metall-schätze auf seiner Standesherrschaft erschlossen und auch andere Industrieunternehmen geschaffen. Es war seit Jahren der zweitreichste Mann Deutschlands, nach Krupp Preußens größter Steuerzahler. H. L.

Politische Uebersicht.

Kurzes Gedächtnis.

Mit der gestern veröffentlichten Erklärung des Genossen Ebert über seinen Aufenthalt in Holland und die Besprechung mit den dortigen Parteigenossen ist die am weitesten rechts stehende Presse noch nicht zufrieden. Die freikonservative „Post“ wie die „Deutsche Tageszeitung“ regen sich namentlich über jenen Passus auf, in dem erklärt wird, dah die deutschen Sozialisten die holländischen Freunde auch auf die Verschleppung Tausender Ostpreußen durch die Russen und das gleiche Verfahren der Franzosen im Elsaß, ferner auf die völkerrechtswidrige Behandlung deutscher Kriegsgefangener namentlich in Rußland aufmerksam gemacht haben. Man sollte meinen, dah „Post“ und „Tageszeitung“ hocherkrent sein müßten, wenn auf diese Weise das Ausmaß von völkerrechtswidrigen Handlungen unserer Gegner unterrichtet wird. Aber, o nein, die „Post“ schreibt:

Wir verstehen ferner nicht recht, in welchem Zusammenhang die völkerrechtlich durchaus zulässige und dem einzelnen nützliche Wegführung der Belgier mit dem völkerrechtswidrigen Handeln unserer Gegner stehen soll. Will Ebert beide etwa in Parallele setzen? Vielleicht äußert er sich hierüber noch einmal, aber ausführlicher und klarer.

Und ähnlich entrißt sich die „Deutsche Tageszeitung“ unter dem Titel „Die Freibreieren der Sozialdemokratie“:

Dabei haben sie es — so muß man doch wohl den Abgeordneten Ebert verstehen — noch fertig gebracht, die Verborenen der Russen in Ostpreußen, der Franzosen im Elsaß gewissermaßen mit der Ueberführung belgischer Arbeiter nach Deutschland, die ebenso im Interesse dieser Arbeiter liegt als in dem unrigen, auf eine Stufe zu stellen. Wir möchten fragen, wo die deutsche Regierung bleibt, um das Deutsche Reich vor solchen schädlichen und gefährlichen Freibreieren endlich wirksam zu schützen?

Da müssen wir nun doch dem etwas kurzen Gedächtnis der konservativen Herren Redakteure nachhelfen. Genosse Ebert würde durchaus keinen Urheberrechtsanspruch dafür verlangen, dah er die Ueberführung der belgischen Arbeiter nach Deutschland und die Verschleppung der Ostpreußen uff in einem gewissen Zusammenhang aufgeführt hat. Dies geschah vielmehr zum erstenmal in der — Antwortnote der deutschen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten, jener selben deutschen Regierung, die jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ gegen Ebert scharf machen möchte. Die deutsche Regierung hat durch ihren Hinweis gewiß nicht jene beiden Handlungsweisen miteinander gleichsetzen wollen, sie hat dies ausdrücklich durch eine Wendung im Schlußabsatz der Note hervorgehoben. Wir fragen nun aber die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Post“, welche Anhaltspunkte sie dafür haben, dah die deutschen Sozialisten in Holland auf die Verschleppung der Ostpreußen uff, in anderer Sinne hingewiesen haben als die deutsche Antwortnote an Amerika.

Durchsichtige Methode.

Seit dem Friedensangebot der deutschen Regierung vom 12. Dezember ist die ganze alldeutsch-konservativ-national-liberale Presse tobernde Entrüstung über die Sozialdemokratie. Ob man nun die „Tägliche Rundschau“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Post“, die „Kreuzzeitung“, den „Deutschen Kurier“ oder die „Rheinisch-Westfälische“ aufschlägt, überall lößt das Auge auf die Namen „Scheidemann“, „Vorwärts“, „Sozialdemokratie“, und es wäre in der Zeit der Papierknappheit eine unverantwortliche Verjüngung an den vorhandenen Vorräten, wollte man auf alles einzeln erwidern. Der Kernpunkt der Angriffe ist stets und ständig derselbe: Nachdem man der Sozialdemokratie ein Menschenalter lang vorgeworfen hat, dah sie grundsätzlich gegen alles, was von der Regierung komme, Stellung nehme, will man jetzt aus dem Umstand, dah die Sozialdemokratie die Friedenspolitik des Reichsfanzlers unterstützt, ein besonders inniges Einvernehmen, eine heimliche politische Verbindung zwischen Regierung und Sozialdemokratie konstruieren, zur Trauer aller wahren Patrioten.

Zu dem Zweck sind alle Mittel heilig. Dah der „Vorwärts“ ein Friedensangebot, wie es die Regierung gemacht hat, seit dem Falle Bukarests so und so oft forderte, will man jetzt so ausdeuten, als habe der „Vorwärts“ die Pläne der Regierung vorher gekannt, und obwohl wir die Sache schon längst aufklärt haben, will das Geraune nicht zur Ruhe kommen. Der „Deutsche Kurier“, der uns in Nr. 350 gleich mit zwei langen Artikeln besetzt, folgert fähig aus der höchst ungenauen, ja direkt entstellten Uebersetzung unseres Artikels vom 11. Dezember durch den Schweizer Richterflatter eines Pariser Blattes, dah doch etwas an der Sache sei. Er versteigt sich sogar zu der Behauptung, der „Vorwärts“ werde im Ausland als offizielles Blatt betrachtet und irdicht an anderer Stelle von den „Opuren der sozialdemokratischen, im Ausland für offiziös gehaltenen Friedenspropaganda“. Ähnlich kindliche Neugierungen finden wir auch anderwärts. Weil wir die Vermutung aufgestellt hatten, dah das deutsche Friedensangebot keine starren Bedingungen zur Unterlage habe, sondern dem Handeln hin und her einen gewissen Spielraum lasse, so jährt die „Nationalliberale Korrespondenz“, sie hätte bisher an festformulierte Bedingungen geglaubt, aber „da man sich allmählich daran gewöhnen muß, die Regierungsgewissheit aus dem „Vorwärts“ zu schöpfen, so wird man fast annehmen müssen, dah er auch diesmal wieder vollkommen eingeweiht ist“. Im „Deutschen Kurier“ macht schließlich auch noch der Erz-Feind Graf Hoensbroech gegen die Sozialdemokratie mobil, indem er ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär Bohnschaffe veröffentlicht. Wir überhaken die Bedeutung des Grafen Hoensbroech nicht derartig, dah wir auf seine Ausführungen näher eingehen.

Soll nun der „Vorwärts“ wirklich in aller Form erklären, dah er kein Regierungsblatt ist und keinen offiziellen Charakter trägt? Für jeden Einseitigen liegt ja der Sinn des alldeutschen Manövers ohnehin klar auf der Hand. Jene alldeutschen Kreise wollen den Reichsfanzler diskreditieren, indem sie ihn in möglichst enge Verbindung mit der Sozialdemokratie bringen. Dadurch hoffen sie alte Instinkte und Morurteile gewisser Kreise von neuem wachzurufen. Mit dem Kanzler aber soll die Friedenspolitik der deutschen Regierung gestürzt, das Friedensangebot vom 12. Dezember annulliert und an seine Stelle die Kriegs- und Kriegesjustizpolitik gesetzt werden, die uns tagaus tagein in diesen Blättern ge-

trieben wird. Deswegen hat es — so fürchten wir — keinen Zweck, wenn wir bitten, endlich mit dem abernem Gerede aufzuhören, denn: ist dies auch Wahnsinn, hat es doch Methode!

Der Bloß Alldeutschland-Arbeitsgemeinschaft.

Jetzt sind wir endlich über die welthistorische Bedeutung des 12. Dezember orientiert. Es ist — ein schwarzer Tag! Zu lesen in der Montagnummer der „Leipziger Volkszeitung“. Weil eine einseitige Reichstagsmehrheit verhinderte, dah das Friedensangebot der deutschen Regierung durch Kraftreden der alldeutschen Kanzlerfreunde Westarp-Vassermann entwertet und diskreditiert wurde, deshalb hat das deutsche Volk sich des 12. Dezember auf ewig zu schämen!

Zu ihrer blindwütigen theoretischen Verarmtheit in die Vorstellung, dah der Reichstag sich am 12. Dezember ausgehaltet habe, macht es der „Leipziger Volkszeitung“ nichts aus, in jubelndem Einverständnis ihrem politischen Leipziger Antipoden, den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ um den Hals zu fallen! Der Bloß „Alldeutschland-Arbeitsgemeinschaft“ wird mit Bruderkuß und Handschlag besiegelt. Heiliger Bloß! Das muß derselben „Leipziger Volkszeitung“ passieren, die es noch unlängst einem auf dem Boden der Wehrheitspolitik stehenden Organ, der „Sozialdemokratischen Feldpost“, als höchste Schande anrechnete, dah ein Artikel von ihr in den „Leipziger Neuesten“ nachgedruckt wurde.

Und jetzt — verhalte dein Haupt, Ruße! Jetzt hat die „Leipziger Volkszeitung“ entdeckt, dah die Nationalliberalen und Konservativen, weil sie eine sofortige Diskussion der Kanzlerrede forderten, „in diesem Falle denn doch einen weiteren Blick bekundet haben“ (nämlich als die sozialdemokratische Fraktion). Und die gewiß sehr ehrlich gemeinte Frage der „Leipziger Neuesten“:

Mit welchem moralischen Recht wollen denn Fortschrittler und Sozialdemokraten noch für „freiheitliche Forderungen“ eintreten, wenn sie auf die Wahrung bestehender Rechte leichten Herzens verzichten, weil es ihnen vorübergehend so besser in den Kram paßt!

drückt die „Leipziger Volkszeitung“ in Zeitdruck ab und bemerkt dazu: „So die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, denen wir wahrhaftig nicht widersprechen können.“ Nicht widersprechen! — Die Seelengemeinschaft geht noch viel weiter. Sie geht so weit, dah der Rat des alldeutschen Bruderorgans an die Regierung „die warnende Stimme der Parteien nicht zu überhören“, von der „Volkszeitung“ der Regierung sofort zur dringenden Beachtung empfohlen wird, die mit seiner Befolgung „wirklich politisch klüger, einseitiger und weitblickender“ handeln würde, als die Partei in der Reichstagsmehrheit. Es geht nichts über treue Waffenbrüderchaft!

Sachlich haben wir keinen Grund, hier schon oftmals Gefagtes, nochmals zu wiederholen. Wir beschränken uns darauf, unser Einverständnis mit dem zu betonen, was der Abg. Müller-Reintgen jetzt wieder im „V. Z.“ ausführt, dah nämlich kein Mensch der Reichstagsmehrheit daran denkt, den Reichstag bei der Besprechung der Friedensbedingungen auszuschalten, und dah eine Ver-schiebung der Diskussion, bis die Gegner sich geäußert haben, durchaus keinen Ver-zicht darstellt. Deshalb ist alles Gerede von einer Preisgabe der Volkrechte nichts als ein demagogischer Zug, beredmet auf die Kurzsichtigkeit solcher, die in verantwortungsvollen politischen Situationen nicht den Zeitpunkt des Handelns abwarten können und neurasthenische Ungebuld für politische Latkraft nehmen.

Ein Landrat über die Lebensmittelzurückhaltung.

Auf einer Sitzung des Kreisrates in Opelein ergriff der Landrat Lücke das Wort zu einem beweglichen Appell an die Kreisrathsabgeordneten, sie möchten auf eine bessere Befolgung der behördlichen Verordnungen durch die ländliche Bevölkerung hinwirken. Herr Landrat Lücke erklärte, dah bei der Kartoffelbestandsaufnahme soviel un-mahre Angaben gemacht worden seien, dah er, der Landrat, sich genötigt gesehen habe, durch die Gendarmerie nachzusehen. Weiter führte der Landrat aus:

Von Beamten des Kriegsernährungsamtes sei auf einer Reise durch den Kreis festgestellt worden, dah auf dem Lande in gerabzu unverantwortlicher Weise Milch und Butter verbraucht wird, nur damit der Städter nichts bekomme. Es sei ein ab-soluter Unsinn, wenn bei einem Rindviehbestande von 44 000 im Kreis nur 4 1/2 Zentner Butter in der Woche abgeliefert werde. Eine neue, scharfe Verordnung betreffend die Ueberlieferung der Butter werde schon in den nächsten Tagen erlassen werden.

Dieses Belenntnis reißt sich vollkommen harmonisch früher veröffentlichten landräulichen Klagen an. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ wird nicht behaupten wollen, dah die preußischen Landräte Feinde der Landwirtschaft seien. Nichts nimmt sich auch die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“, die unlängst die Kriegerrauen insgesamt des systematischen Kartoffel-diebstahls bezichtigte, die Worte des Landrats Lücke über Kartoffel-beheimlichung zur Koitig. Sie wird dann wissen, wodurch in den wenigen Fällen, die wirklich vorgekommen sein mögen, ein solches Tun veranlaßt worden ist.

Ein ver.,Kapp“ter Fortschrittler.

Wie freimünige Blätter berichten, kam es auf der Versammlung des Ortsverbandes der fortschrittlichen Volkspartei in Königsberg zu einem beachtenswerten Zwischenfall, in dessen Mittelpunkt der Königsberger Oberbürgermeister A. R. tze, eingekleidetes Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei, stand. Der Referent der Versammlung, Reichstagsabgeordneter Wagner-Laplau, kritisierte scharf die Politik, welche die Dhyreusische Gesellschaft von 1914 sowie der Unabhängige Ausschuh trieben. Er wendete sich gegen die Kampf-mittel von Junius alter und Kapp gegenüber dem Reichs-fanzler. Oberbürgermeister R. tze führte demgegenüber aus, nach ihrem ganzen Programm hätte die fortschrittliche Reichstagsfraktion in der Sitzung vom 12. Dezember eine Besprechung des Friedens-angebots fordern müssen. Würden die Neugierungen Wagner betreffend Kapp, Dhyreusische Gesellschaft und Unabhängigen Ausschuh vom Parteivorstand gebilligt, wäre er, R. tze genötigt, aus der Partei auszusteigen. — Herr R. tze wird dann wohl mit Herrn Hefsch er zusammen eine neue Partei gründen müssen.

Zusammentritt des Reichstagsbeirats.

Am heutigen Mittwoch tritt der 16gliedrige Reichstagsbeirat zur Erörterung von Fragen des vaterländischen Hilfsdienstes zu-sammen.

Die britische Reichsbildung.

Entgegen einem weitverbreiteten Glauben ist die britische Reichsbildung noch nicht zum Abschluß gekommen. Die englische Regierung hat aus dem Kustande und dem Verluste der neuentdeckten nordamerikanischen Kolonien die Lehre gezogen, daß wirtschaftliche und politische Entwicklungsprozesse nicht durch vorzeitige staatsrechtliche Fixierung gestört und beeinträchtigt werden dürfen. Daher sind die staatsrechtlichen Beziehungen der Kolonien zum Mutterlande ebenso mannigfaltig wie umgekehrt. Im Kriege hat das britische Weltreich eine ungeahnte Lebenskraft und innere Geschlossenheit gezeigt. Australier, Neuseeländer und Kanadier bluten für England, weil die Erhaltung der Seegewalt des Mutterlandes sie von der Pflicht zu eigenen Kämpfen befreit und der Geldreichtum Australiens ihre jungen Wirtschaften befruchtet. Ihre großen Leistungen lassen es aber auch erklärlich erscheinen, daß die sich selbst verwaltenden Kolonien Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika am Friedensschluß beteiligt sein wollen. So hat auch Lord Bellingham kürzlich im Oberhause auf eine Anfrage erklärt, daß die Regierung die schon im Jahre 1915 abgegebene Erklärung aufrecht erhalte, wonach die Premierminister der sich selbst verwaltenden Kolonien beim Friedensschluß in erschöpfender Weise und nach Möglichkeit persönlich zu Rate gezogen werden sollen. So entwickeln sich Mutterland und Kolonien ohne geschlechte Fixierung zu einer höheren politischen Einheit.

Bürgerfriedenswahl in Köln. Das Wahlkomitee der Kölner Zentrumspartei hat für die am 5. Januar stattfindende Reichstagswahl Wahlstimmenhaltung beschlossen. Die nationalliberalen Parteien hat noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt, in liberalen Blättern wird jedoch die Vermutung ausgesprochen, daß sie angesichts des Beschlusses der Zentrumspartei ebenfalls Wahlstimmenhaltung üben dürfte. Adhärenz würde Genosse Meerkfeld, der für den verstorbenen Genossen Hofrichter kandidiert, alleiniger Bewerber um das Mandat sein.

Aus der Partei.

Die Chemiker Arbeiter und die Zivildienstpflicht. Die Parteileitung des 18. sächsischen Wahlkreises sowie das Chemiker Gewerkschaftsamt hatten für Sonntag die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu einer Konferenz zusammenberufen, um über das Zivildienstgesetz zu verhandeln. An der Konferenz nahmen über 400 Genossen teil. Das einleitende Referat hielt Reichstagsabgeordneter Vrehmann. Er führte aus, daß die Friedensbereitschaft Deutschlands leider bei den feindlichen Regierungen noch kein Echo gefunden habe. Deshalb müsse sich unser Volk weiter verteidigen. Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft mußten selbstverständlich an dem Gesetz mitwirken, wenn sie überhaupt irgendwelchen Einfluß auf seine Gestaltung gewinnen wollten. Die wirtschaftliche Freiheit und die Lohnfrage sei insoweit in der Hinsicht viel besser gewahrt worden, als wenn der Hilfsdienst durch militärische Zwangsmaßnahmen eingeführt worden wäre. Dann besprach Redner die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Wenn die Arbeiter auf dem Posten sind und die Ausführung des Gesetzes genau überwachen, dann werden alle Prophezeiungen der Ungläubigen, die wegen des Hilfsdienstgesetzes nur das schlimmste für Volk und Arbeiterschaft voraussetzten, zur Lächerlichkeit verdammt werden. In der darauf folgenden Diskussion wandte sich Genosse Fritz Heller gegen das Gesetz, ohne indes bei der Versammlung, abgesehen von zwei oder drei Personen, Anklang zu finden. Genosse Müller, Vorsitzender der Versammlung, konnte zum Schluß feststellen, daß die Versammlung, von den wenigen Ausnahmen abgesehen, den Standpunkt des Referenten teilten und gewiß sind, die Einheit der Arbeiterorganisation unter allen Umständen zu wahren.

Gegen das Hilfsdienstgesetz und die Zustimmung der Sozialdemokraten. In der Fraktion sprachen sich aus der Wahlvereinigung a. d. G. Greife in Bremen und der Sozialdemokratischen Partei a. d. G. in Stettin, letzterer nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Bogner (Soz. Arbeitgemeinschaft). In einer außerordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins in Magdeburg referierten die Reichstagsabgeordneten Haase und Landsberg. Nach kurzer Diskussion wurden über zwei Resolutionen abgestimmt, deren eine das Verhalten der Reichstagsfraktion mißbilligt, während die zweite sich auf die Seite der Mehrheit stellte. Für die erste Resolution wurden 174 Stimmen gezählt, für die zweite 140 Stimmen.

Schönheitsarbeit der Opposition in Bremen. Unter der Überschrift „Schrittweiser der Kapitalisten“ schreibt die „Bremer Bürger-Zeitung“:

„Es sind jetzt Leute tätig, die der „Bremer Bürger-Zeitung“ die Abonnenten abspenstig zu machen versuchen. Für die Gewinnung von Abonnenten waren dieselben Leute während des Krieges nicht zu bewegen; sie erklärten, es wäre zu gefährlich, sie würden gemahregelt usw. Am so ungenügend betreiben sie die Agitation gegen die „Bürger-Zeitung“, denn eine Agitation gegen unser Parteiblatt ist ja eine Agitation für die bürgerliche Presse, und mit einer solchen Tätigkeit können die Nachhaber sehr zufrieden sein. Erfolg ist diesen schändlichen Agitatoren, wie sie selbst schreiben müssen, freilich nicht groß beschieden: die Neuabstellungen beweisen, daß die „Bürger-Zeitung“ ihren Leserkreis zufrieden stellt.“

Ein Nachklang zu Dschah-Grimms.

Neber die ständige Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“, daß in Dschah-Grimms 6000 Wähler durch ihre Stimmenabgabe für Lipinski zugunsten der Kreditverweigerung demonstriert hätten, spottet die Bremer „Arbeiterpolitik“, das Organ der Spartakusleute. Sie stellt fest, daß Lipinski sich in erster Linie auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und die Kreditverweigerung nicht als Prinzip, sondern nur als Protest gegen angebliche Eroberungsziele der Regierung verteidigt habe. Das Spartakusorgan schreibt dann:

Wir haben nur dazu zu bemerken: Die kann die „Leipziger Volkszeitung“ beweisen, daß die 6000 Stimmen auf Lipinski wegen der Kreditverweigerung gefallen seien und nicht wegen seines Patriotismus? Das ist eben das Wesen der Zentrumspolitik, daß man bei ihr nicht weiß, ob sie patriotisch oder nicht-patriotisch ist. Und weil niemand das wissen kann, kann sie auch nicht zum Prüffeld der Massen werden. Sie hat nichts von den Massen im Wahlkampf gefordert, sie hat ihre Bemühungen nicht bereichert, als um die interessanteren Tatsache, daß Herr Lipinski aus Leipzig dem Reichstagspräsidenten traut! Darum kann man auf Grund des Wahlausgangs nicht wissen, was die sechs-tausend Arbeiter selbst wollen, die für Lipinski gestimmt haben.

Wir haben das gleiche von unserem Standpunkt aus schon mehrmals erklärt, aber die einzige Antwort aus Leipzig besteht darin, daß man dort unentwegt weiter von der „Demonstration der Sechstausend“ spricht und schreibt.

Rußlands Ablehnung und die Kinderheiratspresse.

Während ein Teil der zur Kinderheiratspresse zählenden Partei-presse die Rede des russischen Außenministers Protopopow ohne jeden Kommentar abdruckt, schreibt die „Bergische Arbeiterstimme“ in einer kurzen Vorbemerkung:

„Kein unbefangener Mensch würde eine Ablehnung verstehen, ohne daß wenigstens noch den Vorschlägen gefragt wird, die vom Vierbund unterbreitet werden sollen. Was die Kriegsheber in ihrem Zornepifer gegen die Stelle der Note einzuwenden haben, die von der freien Entwicklungsmöglichkeit der Völker des Vierbundes spricht, ist nicht durchschlagend. Zunächst wissen die Heber gar nicht, was da vorgeschlagen werden soll, und andererseits werden sie, mag der Krieg nun enden wie er will, doch schon erlauben müssen, daß die Vierbundvölker leben. Es ist weiter selbstverständlich, daß die Regierungen der Vierbundsstaaten keine Vorschläge machen, deren Ausführung ihren Völkern den Atem raubt. Was wir fordern, ist nur, daß die Vorschläge des Vierbundes auch den geneigten Völkern die Möglichkeit der freien Entfaltung ihrer Kräfte lassen.“

Aus Industrie und Handel.

Raub deutschen Privateigentums in Rußland.

Das „Sonderkomitee zur Bekämpfung der deutschen Vorkriegsherrschaft“ in Rußland hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Ausschaltung des deutschen Einflusses bei folgenden russischen Gesellschaften beschäftigt, an denen deutsches Kapital beteiligt ist: Siemens-Schudert, Siemens u. Halske, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Elektro Berechtigung und der St. Petersburger Gesellschaft für elektrische Beleuchtung von 1886.

Es wurde beschlossen, daß die Inhaberkonten der fünf Gesellschaften in Namensaktien umzuwandeln sind, wodurch das Eindringen ausländischen Kapitals übermachtet werden kann. Eine scharfe Kontrolle soll verhindern, daß Stroh-männer der deutschen Muttergesellschaften Aktien zum Umtausch einreichen. Die Aktien, die in deutschem Besitze sind, werden zum Nennwert von der Regierung übernommen. Der Gegenwert wird für die deutschen Aktionäre aufgehoben.

Das ist eine regelrechte Verraubung der deutschen Aktionäre. Denn der Wert der Aktien ist nicht identisch mit ihrem Nennwert. Die Aktionäre haben auch ein Recht auf die Reserven, kurz auf einen ihrem Aktienbesitz entsprechenden Anteil an dem gesamten verbenden Kapital der fünf Gesellschaften.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die am Dienstag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Firch Kupfer- und Messingwerke hat die Erhöhung des Grundkapitals von 5 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark, die bereits angekündigt worden ist, beschlossen. Der Direktor wies darauf hin, daß die Gesellschaft an den kurz-sächsischen Braunkohlen-Gas- und Kraftwerken, G. m. b. H., und an dem Bayerischen Hüttenwerk Friedrich Riemer, A. G. in Nürnberg, beteiligt sei, und daß deshalb die in den eigenen und der Gesellschaft nahestehenden Betrieben erzeugten Halbfabrikate in bestimmte Fertigerzeugnisse umgewandelt werden können.

Die Türkei und das deutsche Geschäft.

Professor Hellauer fasste am letzten Freitag die Ergebnisse des an der Handelshochschule gehaltenen Wirtschaftskongresses über die Türkei dahin zusammen, daß sich in den Vorträgen die große Schwere des Problems für die wirtschaftlichen Unternehmer in der Türkei gezeigt hätten. Deshalb kann die Türkei, besonders für die nahe Zukunft, vornehmlich nur als ein Betätigungsfeld für große, kapitalstarke Unternehmungen und besonders für Unternehmerhandelsbetriebe erscheinen. Für den kleineren Unternehmer wird am ehesten der Exporthandel nach der Türkei bzw. das dortige Verkaufs-Kommissionsgeschäft in Betracht kommen. In den Vorträgen wurde hervorgehoben, daß der deutsche Unternehmer nicht hoffen dürfe, auf Grund des Bundesverhältnisses eine besondere Bevorzugung seitens der türkischen Regierung zu erfahren. Es sei zu erwarten, daß die türkische Regierung eine rein türkische Wirtschaftspolitik treiben werde, ja daß nationalistische Bestrebungen auch dem deutschen Unternehmer manche unangenehme Hemmungen bereiten werden. Von der Anständigkeit und Zuverlässigkeit des türkischen Charakters ist zu erhoffen, daß man all das, was Deutsche in diesem Kriege in der Türkei geleistet haben und nach dem Kriege noch werden leisten müssen, nicht durch eine ungerade und unbillige Behandlung des deutschen Interesses verletzten wird. Die Türkei wird ein Gebiet bilden, in dem der deutsche Unternehmer auf mehr Verlässlichkeit und Unterstützung rechnen können, als in sehr vielen anderen Gebieten der Erde. Einige waren sich die Vortragenden über die großen Schwierigkeiten, die sich einer durchgreifenden Reform der türkischen Verwaltung entgegenstellen werden, daß aber auch von dieser Reform die wirtschaftliche Zukunft des Reiches abhängig ist. Besonders in den Diskussionen zeigte sich ein starker Optimismus. Angesichts der gewaltigen organisatorischen Leistungen, die, wenn auch unter beträchtlicher Mitwirkung deutscher Arbeit, in diesem Kriege von der Türkei vollbracht worden sind, angesichts der erstaunlich raschen Modernisierung des türkischen Heeres, der Schaffung einer Kriegsinindustrie mit zum Teil ganz muster-gültigen Einrichtungen sowie der sonstigen Zusammenfassung und Ausnützung der in Volk und Land liegenden Kräfte muß man aber annehmen, daß auch eine allmähliche Modernisierung der türkischen Verwaltung, wenn man nur nicht auf die Mitarbeit der Bundesgenossen verzichten zu können glaubt, im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die heutige Regierung ist sich darüber auch klar.

Zur Kohlenpreiserhöhung bemerkt das „Berliner Tageblatt“, daß eine Reihe von Kohlenunternehmern trotz der im zweiten Halbjahr 1916 gestiegenen Selbstkosten große Gewinne erzielt haben. So weist die Gewerkschaft „Graf Bismarck“ im dritten Quartal 1916 einen Gewinn von 1,7 Millionen Mark gegen 1,4 Millionen Mark in derselben Zeit des Vorjahres auf, die Gewerkschaft „König Ludwig“ 1,4 Millionen Mark gegen 1 Million Mark, die Gewerkschaft „Langengraben“ 750 000 Mark gegen 604 000 Mark. Die Gewerkschaft „Braunkohlenbergwerk Brudorf-Rietebener Bergbauverein“ nimmt nach einer Pause von vier Jahren die Zahlung von Ausbeuten wieder auf, und zwar in Höhe von 400 M. für den Aug. Diese Gewinne werden darauf zurückgeführt, daß anlässlich der Liquidation des alten Kohlenhandels große Gewinne ausgeschüttet wurden, daß am Export gut verdient worden ist, und daß auch die Erzeugung von Nebenprodukten sehr lohnend gewesen sei. Diese Gewinnquellen seien allerdings jetzt zum Teil vermindert, weil der Export eingeschränkt worden sei und für die wichtigsten Nebenprodukte relativ niedrige Höchstpreise festgesetzt seien. Dagegen sei anzunehmen, daß die Kohlenpreiserhöhung von 2 M. für die Tonne etwas mehr ausmache, als den gestiegenen Selbstkosten entspricht. Daraus folgt die Pflicht, die Gewinnveröffentlichungen der Kohlenunternehmer scharf zu kontrollieren und bei Steigerung der Reingewinne neue Versuche zu Preiserhöhungen im Reime zu erlassen.

Aus Groß-Berlin.

Gegen das Hamstern der Gemüsekonserven.

Der „Vorwärts“ hat bekanntlich schon am 8. Dezember gefordert, daß Maßnahmen getroffen würden, die das Hamstern der Konserven vom Handel noch ausgeschlossenen Erbsen- und Spargelkonserven ausschließen und eine geregelte und gerechte Verteilung gewährleisten. Trotzdem kam am 18. Dezember eine vom 10. Dezember datierte Verordnung des Kriegsernährungsamtes heraus, die nicht nur keinerlei Siderheit gegen die geschilderte Gefahr bot, sondern geradezu als Herausforderung zum Hamstern angesprochen werden mußte. Wir forderten deshalb gestern früh, daß am gleichen Tage noch Bestimmungen ergehen, die das Hamstern unmöglich und damit das Ansehen unnötig machen.“

Wie wir zu unserer Genugtuung wahrnehmen, hat der Berliner Magistrat im Einvernehmen mit den Nachbargemeinden und Reisen gestern eine Bekanntmachung erlassen, wonach

der Verkauf von Spargel- und Erbsenkonserven im Kleinhandel nur gegen gleichzeitige Abgabe des Brotkartennennwertes der laufenden (17. bis 21. Dezember) zulässig ist. Es dürfen auf jedes Brotkartennennwert höchstens 2 Pfund Erbsen- oder Spargelkonserven abgegeben und entnommen werden.

Außerdem müssen die Groß- und Kleinhändler bis zum 13. Januar ihren bei Schluß des Verkaufs am 10. Januar vorhandenen Bestand an den erwähnten Konserven dem Magistrat, Abteilung für Obst- und Gemüse-Versorgung, Neue Friedrichstr. 35, anzeigen. Zuwiderhandlungen sind mit strenger Strafe bedroht. Unberührt hierdurch bleiben die Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes, wonach die Händler ihren vor Beginn dieses Verkaufes vorhandenen Bestand der Konserven der Polizeibehörde anzuzeigen haben.

In den durch die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlins zusammen-geschlossenen Kreisen, so heißt es in der an die Presse ergehenden magistratsamtlichen Mitteilung, besteht volle Klarheit darüber, daß durch diese Bekanntmachungen der einzelnen Gemeindebehörden die Schwierigkeiten und die Gefahren, die die Verordnung des Kriegsernährungsamtes zur Folge haben müssen, nicht voll beseitigt werden können. Wenn sie sich trotzdem zu diesen Bekanntmachungen entschlossen haben, so gehor sie davon aus, daß nur so verlohnt werden kann, der gefährlichen Hamsterei zu steuern und eine einigermaßen gerechte Verteilung des freigegebenen Rationals der Bestände zu erzielen, und daß wenigstens einige Gewähr dafür erreicht werden kann, daß nach dem 10. Januar die vier fünfteil dieser wertvollen Lebensmittelbestände auch wirklich noch vorhanden sind.

„In freien Stunden.“

Diese Wochenschrift, die unter dem Zeichen „Gegen die Schund-literatur!“ von unserer Partei ins Leben gerufen wurde, vollendet nun bereits ihren 20. Jahrgang. Ein Blick in die reichhaltigen 40 Bände beweist, daß sie ihr Programm, den Arbeitern und Arbeiterinnen einzuwandern und doch fesseln den Lesestoff zu bieten, konsequent durchgeführt hat. Neben den besten Unterhaltungsschriftstellern finden wir die hervorragendsten Namen aus den Literaturen aller Kulturvölker und Zeiten. Der Hauptroman wird stets illustriert, und immer sind es Künstler von gutem Namen, die den Bildschmuck schaffen. In dem nun beginnenden 21. Jahrgang steht der vortreffliche Roman „Das tägliche Brot“ von Clara Viebig an erster Stelle; die Illustrationen zeichnet der Münchener Maler Professor Joseph Damberger. Daneben kommt zunächst die Meisternovelle „Im Nebel“ von Timm Kröger zum Abdruck, der weitere Erzählungen folgen.

Eine wesentliche Vereinerung wird der obige Inhalt, der aus populärwissenschaftlichen Aufsätzen, Notizen usw. besteht erfahren, und zwar vor allem in illustrativer Hinsicht: jedes Heft bringt mehrere Bilder, die entweder zum Text gehören oder auch selbständige Darbietungen sein werden. Auch die Rubrik „Scherz und Satire“ wird in Zukunft Bilder aufweisen. Eine „Mäselede“ soll sich ihr anschließen. Und besonders unsere Hausfrauen wird es interessieren, daß von nun an auch ihrer jetzt so schwierigen Praxis gedacht werden soll, indem „Wink für Küche und Haus“ (zeitgemäße Kochrezepte usw.) Aufnahme finden werden.

Alles in allem: wir können unseren Lesern das Abonnement auf diese Arbeiterwochenschrift empfehlen — wir so mehr, als der Verlag — die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW — den bisherigen Heftpreis von 15 Pf. beibehält, eine Erhöhung also trotz des reicheren Inhalts nicht eintritt. Probehefte stehen allen Interessenten bei den Kolporturen und in unserer Expedition gern zur Verfügung. Auch der Zeitungsbote legt auf Verlangen ein Heft zur Ansicht vor.

Mehr Pflegegeld für die Stadtwaisen.

Mit Rücksicht auf die Teuerung war in Berlin zu dem Pflegegeld der in Kostpflege gegebenen Stadtwaisen vom Herbst 1915 ab eine Kriegszulage gezahlt worden. Jetzt soll die Zulage erhöht werden, und zwar vom 1. Januar 1917 ab für Kinder bis zu zwei Jahren von monatlich 3 M. auf 4,50 M., für Kinder zwischen zwei und sechs Jahren von monatlich 1,50 M. auf 3 M.; für ältere Kinder dagegen soll es bei den bisherigen Zulagen von monatlich 4,50 M. bleiben. Ohne die Zulage beträgt das monatliche Pflegegeld für schwächliche Säuglinge 30 M., für Kinder bis zu 1 1/2 Jahre 21 M., für Kinder von 1 1/2—2 Jahren 18 M., für Kinder von 2—3 Jahren 15 M., für Knaben von 3—14 Jahren 13,50 M., für Mädchen von 3—8 Jahren bei Unterbringung in Berlin und Vororten 12 M., bei Unterbringung in entfernteren Orten 10,50 M., für Mädchen von 8—14 Jahren überall 10,50 M. Rechnet man dazu die oben angegebenen Kriegszulagen, so kann selbst nach ihrer Erhöhung der Gesamtbetrag wirklich nicht als freigelegte Vergütung der für Pflege und Erziehung der Stadtwaisen aufgewendeten Kosten und Mühen gelten. So manche Pflegemutter wird in der jetzigen Teuerungszeit bei solchen Pflegegebühren noch aus eigener Tasche Geld dazugeben müssen, um die Kinder satt machen zu können. Zu der seit Herbst 1915 bewilligten Kriegszulage entschlossen Waisenverwaltung und Magistrat sich nur deshalb, weil bei der bisherigen Höhe des Pflegegeldes das Angebot von Pflegestellen knapp geworden war und noch knapper zu werden drohte.

Zündholz-Höchstpreise.

Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 16. Dezember ist der Reichsanwalt ermächtigt, den Verkehr mit Händlern aller Art zu regeln, Vorratserhebungen über diese Waren und die zu ihrer Herstellung und Verpackung erforderlichen Stoffe anzuordnen und für Zuwiderhandlungen Strafen festzusetzen. Gleichzeitig sind Höchstpreise sowohl für Hersteller wie für Verkäufer festgesetzt worden. Beim Verkauf im Kleinhandel darf der Preis nicht übersteigen: für Sicherheitshölzer und überall entzündbare Hölzer in einer Länge bis zu 52 Millimeter in Schachteln zu je 60 Stück für das Pack zu 10 Schachteln 45 Pf., für zwei Schachteln 9 Pf., für imprägnierte bunte Hölzer mit einem Zuschlag von 20 M. und für weiße oder bunte Hölzer, flache Hölzer in Schachteln zu mindestens je 50 Stück und einem Zuschlag von je 30 M. für das Pack zu 10 Schachteln 50 Pf., für die Schachtel 5 Pf.; für Sicherheits- und überall entzündbare weiße Hölzer in einer Länge bis zu 52 Millimeter für die Schachtel oder den Koffer 45 Pf., für Schachteln oder Koffer zu je 480 Stück, für die Schachtel oder den Koffer 38 Pf., für Schachteln oder Koffer zu je 300 Stück für die Schachtel oder den Koffer 25 Pf. Kleinhandel ist jeder Verkauf an den Ver-

